Widerspruch

www.dielinke-oder-spree.de

28. Jahrgang

April 2019

LINKES aus Landtag und Landesregierung

- Polizeigesetz: Das kleinere Übel? *Seite 6*
- Mieterschutz: Frist für Eigenbedarfskündigungen erhöhen *Seite 7*
- Sozialministerin Karawanskij fordert grundlegende Reform der Pflegefinanzierung *Seite 8*

DIE LINKE in Erkner, Gosen und Neu Zittau

- Wir kandidieren in Gosen-Neu Zittau zur Kommunalwahl *Seite 12*
- Kommunalwahl ist Personenwahl *Seite 13*
- Erkner: Eine Stadt darf nicht wie die Autobahn klingen *Seite 20*

Start zur Wahl des Europaparlaments im 26. Mai 2019

DIE LINKE-Parteitag und -Vertreter*innenversammlung vom 22. bis 24. 2019 Februar in Bonn – einige persönliche Eindrücke von Monika Huschenbett

*23. Februar 2019, gegen 14 Uhr: „Hands off Venezuela" – Solidaritätsaktion für Venezuela auf dem Europaparteitag der LINKEN in Bonn. Mitstreiter*innen von Cuba Sí und anderen Solidaritätsgruppen haben mit mehreren Delegierten und Teilnehmern des Parteitages auf der Parteitagsbühne ihre Solidarität mit Venezuela bekundet. Der Antrag zu Venezuela sowie alle anderen Anträge konnten jedoch aus Zeitgründen vom Parteitag nicht behandelt werden. Foto: Dirk-Anhalt/Cuba Sí*

Nun also zum ersten Mal ein Bundesparteitag in Bonn – der Bundesstadt Bonn. Und dies gleich im neuen, in unmittelbarer Rhein-Nähe gelegenen World Conference Center, einer noblen, bei kritischen Bonner Kommunalpolitikern und Bürgern jedoch nicht sonderlich beliebten Tagungsstätte. Ein Bonner Chor präsentierte zu diesem Thema eine eindrucksvolle Performance in einer der „Kultur"-Pausen, welche inzwischen zu einer Tradition auf Bundesparteitagen geworden sind.

Das Wetter versprach schöne Tage – geeignet zum Spaziergang am Rhein-Ufer –, die Tagesordnung des Parteitages und der Vertreterversammlung zur Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahl zum Europaparlament jedoch lange Sitzungstage. Verschiedene Medienauftritte von führenden Repräsentanten unserer Partei im Vorfeld des Parteitages ließen – wie so häufig – scharfe Auseinandersetzungen in inhaltlichen Fragen erwarten. Und ich selbst als Vertreterin für den Landesverband Brandenburg in der Wahlkommission musste mich darauf einstellen, dass die Arbeit aufwändig wird, da das elektronische Wahlverfahren für die Kandidatenkür nicht zulässig war, vielmehr in altbewährter Weise Papier-Stimmzettel zum Einsatz kamen.

An Europa als Ganzes denken

Der Parteitag begann bereits am Freitag um 15 Uhr. Das Motto des Parteitages – auch in der Bühnengestaltung vor regenbogenfarbenem Hintergrund sichtbar – lautete: ***„Erkämpft das Menschenrecht"***. Die Tagesordnung wurde bestimmt durch

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Die Autorin Monika Huschenbett war von Januar 1994 bis Februar 2010 Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree, wohnt jetzt in Rüdersdorf bei Berlin und ist stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE Märkisch-Oderland.

das Hauptziel des Parteitages – den Beschluss des Wahlprogrammes unserer Partei zur Europa-Wahl am 26. Mai 2019. Gleich an dieser Stelle eine Anmerkung: Sehr häufig wird und wurde auch auf dem Parteitag von Vertretern unserer Partei nicht unterschieden zwischen dem geografisch-politischen Europa und dem politischen Gebilde der Europäischen Union (EU). Manchmal mag das zur Verkürzung sinnvoll sein, wie zum Beispiel bei der „Europa-Wahl", welche ja eigentlich die Wahl des EU-Parlamentes darstellt. Gerade von linken Politikern sollte jedoch immer bewusst gemacht werden, dass die EU eben nur Teil von Europa ist und keinesfalls für Europa als Ganzes agieren kann. Es gab nur wenige Redebeiträge, in welchen auf diesen Sachverhalt, z.B. auch auf die notwendige Einbeziehung der Russischen Föderation in die Lösung europäischer Probleme, eingegangen wurde.

Alle Reden und Grußworte sind im Internet veröffentlicht: https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/bonner-parteitag-2019/reden-und-grussworte/

„Schluss mit Kriegen! Wir fordern Abrüstung."

Der Parteitag wurde weiterhin durch die Reden unserer führenden Repräsentanten der Partei sowohl auf Bundes- wie auch EU-Ebene bestimmt (siehe Randspalte). Lediglich Sahra Wagenknecht konnte krankheitsbedingt nicht am Parteitag teilnehmen.

Ich möchte auf die Rede des Vorsitzenden des Ältestenrates unserer Partei, Hans Modrow, eingehen, welche, – wie auch auf vorigen Parteitagen – wieder zu dem undankbaren Zeitpunkt des Beginns der Tagung am 2. Beratungstag morgens um 9 Uhr gehalten wurde.

Hans Modrow stellte gerade angesichts der verschärften internationalen Lage die Friedensfrage in den Mittelpunkt seiner Ausführungen und benannte die gerade stattgefundene Münchener „Sicherheitskonferenz" deutlich als eine „Kriegskonferenz". Angesichts der Vielzahl heißer Kriege auf der Welt und der enormen globalen Aufrüstung könne man nicht mehr nur von einer Zeit nach dem „Kalten Krieg" sprechen. Frau von der Leyen bezeichnete er als „Kriegseinsatzförderungsministerin". Er forderte DIE LINKE in ganz Europa auf, im Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg viel offener und viel lauter zu sagen: „Schluss mit Kriegen! Wir fordern Abrüstung, wo ein ‚Aufstehen' auch dabei sein könnte."

Fotos auf dieser Seite: DIE LINKE, Dirk-Anhalt

Hans Modrow spricht als Vorsitzender des Ältestenrat der Partei

„Nachdenken über Sozialismus!"

In seinen weiteren Ausführungen forderte er zu mehr Solidarität mit Kuba und Lateinamerika auf. Und nicht zuletzt ging er auf die notwendige kritische Reflexion der letzten 30 Jahre des vereinten Deutschlands, auf Siegerjustiz und „Zweiheit" der sozialen Menschenrechte wie Rente oder Lohn und die ungleiche Repräsentanz von Ost- und Westdeutschen in den Eliten in der BRD ein. Darüber sollte unsere Partei wieder mehr und persönlich diskutieren. Sein Credo war:

„Von Klassenpolitik zu sprechen ist gut, den Wahlkampf auch als Klassenpolitik zu verstehen und zu führen, ergibt sich daraus als Konsequenz. Sozialismus zu sagen, sollte auch Nachdenken über Sozialismus heißen. Wir sollten da ganz konsequent bei Rosa Luxemburg bleiben und nicht mit Bodo-Ansagen in den Thüringer Wald rufen. Es bleibt dabei, Sozialismus oder Barbarei ist die historische Herausforderung, die uns Rosa und Karl hinterlassen haben."

Tagesordnung in knapper Zeit abgearbeitet

Für den Beschluss des Wahlprogrammes gab es zum Entwurf des Parteivorstandes etwa 500 Änderungsanträge. Die meisten davon hatte die Antragskommission in bewährter Weise bereits im Vorfeld z.T. mit den Antragsstellern geklärt. Trotzdem nahm das Prozedere zur Abstimmung der verbliebenen Änderungsanträge erheblich viel Zeit ein, so dass die Vertreterkonferenz zur Listenaufstellung erst 3 Stunden später als geplant beginnen konnte. Dem war dann geschuldet, dass einige Initiativanträge z.B. zur Positionierung des Parteitages zur Situation in Venezuela (siehe Titelbild auf Seite 1), zur bevorstehenden Beschlussfassung eines veränderten Polizeigesetzes in Brandenburg u.a. nicht mehr behandelt werden konnten, sondern in andere Gremien der Partei verwiesen wurden.

Die Hauptauseinandersetzung zum Inhalt des Wahlprogrammes betraf die Frage: Wollen wir im Wahlprogramm die Errichtung einer „Republik Europa" als Gegenpol zu einer Union von Nationalstaaten fordern (Antrag des Forum demokratischer Sozialismus und einiger Landesverbände, insbesondere Sachsen-Anhalt), oder fordern wir einen Neustart der EU auf Basis zu verändernder Verträge der EU? Die Mehrheit des Parteitages lehnte die Übernahme der An-

DIE LINKE-Liste zur Wahl des Europa-Parlaments

1. **Martin Schirdewan** (1. Reihe, 3. v.l.)
2. **Özlem Alev Demirel** (1. Reihe, 2. v.l.)
3. **Cornelia Ernst** (2. Reihe, 4. v.l.)
4. **Helmut Scholz** (2. Reihe, 2. v.l.)
5. **Martina Michels** (1. Reihe, 4. v.l.)
6. **Ali Al-Dailami** (1. Reihe, 1. v.l.)
7. **Claudia Haydt** (2. Reihe, 3. v.l.)
8. **Malte Fiedler** (2. Reihe, 1. v.l.)
9. **Marianne Kolter** (1. Reihe, 5. v.l.)
10. **Murat Yilmaz** (2. Reihe, 5. v.l.)

Nicht auf dem Foto:
11. Sarah Mirow, 12. Keith Barlow, 13. Heidi Scharf, 14. Hannes Nehls, 15. Kathrin Flach Gomez, 16. Fotis Matentzoglou, 17. Anna-Maria Dürr, 18. David Schwarzendahl, 19. Susanne Steffgen, 20. Florian Wilde, 21. Camila Cirlini, 22. Eric Bourguignon

träge für eine „Republik Europa“ in das Wahlprogramm für die Wahlen im Mai 2019 ab. Eine Mehrheit des Parteitages befürwortete weiterhin, das bisher unter Punkt 6 geführte Kapitel „Für Frieden in Europa und der Welt“ neu als Kapitel 1 des Programmes zu platzieren.

Die Vertreter*innenversammlung bestimmte im Anschluss an den Parteitag mit großer Mehrheit Martin Schirdewan und Özlem Demirel zu den Spitzenkandidaten unserer Partei für die Wahl am 26. Mai 2019 und stellte die Liste der nachfolgenden 20 Kandidat*innen für die Wahl auf (siehe Kasten Seite 2).

Sozialistischer Internationalismus, Neustart der EU oder Europäische Republik?

Bonner Europaparteitag als Ausgangspunkt programmatischer Debatten

von **Fritz R. Viertel**, Vorsitzender DIE LINKE Schöneiche bei Berlin, Bundesparteitagsdelegierter des Kreisverbandes Oder-Spree; Foto: Andreas Winter

Die Erwartungen der Mainstreampresse blieben beim Europaparteitag in der ehemaligen Bundeshauptstadt unerfüllt. Sachlich und überwiegend konstruktiv verlief die Debatte über das Programm unserer Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments. Die zeitliche Verzögerung am Samstagnachmittag war der Fülle der Änderungsanträge und dem überbordenden sitzungssozialistischen Engagement einiger Genoss*innen geschuldet, nicht aber dem Umstand, dass es unversöhnlichen Streit in der Sache gegeben hätte. Anerkennung gebührt der Antragskommission, dem Parteivorstand und den zahlreichen Antragsteller*innen, die durch gute Vorbereitung und umfangreiche Einigungen über (Teil-)Übernahmen eine zügige und durchweg professionelle Antragsbehandlung ermöglichten.

Zentrale Kontroverse war erwartungsgemäß die strategische Ausrichtung unserer Kritik an der real existierenden Europäischen Union. Es wurde insbesondere für drei Positionen geworben:

1. Den Kampf für ein sozialistisches Europa. Hierzu solle an reale soziale (Klassen-)Kämpfe wie die Abwehr der Austeritätspolitik, den südeuropäischen Munizipalismus oder antirassistische und transnationale Gewerkschaftsbewegungen (etwa die jüngsten Streiks von Beschäftigten der Billigfluggesellschaft „Ryanair“) angeknüpft werden. Betont wurde von den Befürworter*innen dieses Ansatzes zudem das undemokratische, neoliberale und militaristische Wesen der EU, die es deshalb vollständig zu überwinden gelte. Wie ein alternativer Ansatz aussehen könnte, blieb hier im Vagen. Wortführer*innen dieser Position waren insbesondere Mitglieder der *Antikapitalistischen Linken* (AKL).

2. Die vom Parteivorstand vertretene Strategie einer radikalen Kritik an institutionellen und politischen Defiziten der bestehenden EU, verbunden mit der Forderung einer grundlegenden Reform ihrer Institutionen („Neustart der EU“). Als Ausgangspunkt für die inhaltlichen Details der thematischen Programmkapitel handelt es sich hierbei um den bereits in der Vergangenheit formulierten Kompromiss, dessen Ziel die Integration der anderen Kritikansätze in eine gemeinsame, breit mehrheitsfähige Position ist. Es blieb eine Lücke, welchen organisatorisch-institutionellen Rahmen ein solches Transformationsprojekt haben könnte.

3. Aufbauend auf der Kritik an der heutigen EU suchte die dritte Gruppe – angeführt von Vertreter*innen des *Forums demokratischer Sozialismus* (fds) – nach einer konkreten Utopie für eine alternativ-progressive europäische Integration. Diese fand sie in einer Symbiose eurokommunistischer Ideen der 1940er Jahre (Antonio Spinelli u.a.) und dem von der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot skizzierten Konzept einer (parlamentarisch regierten) Europäischen Republik, deren Basis die teils quer zu den heutigen Staatsgrenzen verlaufenden Regionen sind. Hierin finden sich zwar konkrete Vorschläge, der Weg zum Ziel ist allerdings unklar.

Interessant dabei: Im Vergleich zu vergangenen linken Europadiskussionen haben sich die Konfliktlinien verschoben. Dass die europäische Integration in ihrer derzeitigen institutionellen Form nicht zukunftsfähig und die EU deshalb radikal zur kritisieren ist, scheint inzwischen Konsens zu sein. Wenngleich sich die Kompromissformel vom „Neustart der EU“ im Wahlprogramm erneut durchsetzte, ist die konzeptionelle Debatte bereits einen Schritt weiter. Nämlich bei der Frage, wie ein linkes Post-EU-Europa eigentlich aussehen kann und soll. Besitzt eine Überwindung der Nationalstaaten und der Aufbau einer liberalen Demokratie transnationalen Zuschnitts ein sozialistisches Transformationspotenzial? Oder ist die Errichtung einer internationalistischen, sozialistischen Demokratie durch revolutionäre Umwälzungen im nationalstaatlichen Rahmen denkbar? Allen drei Zukunftsvisionen mangelt es dabei an einer Brücke zum gegenwärtigen Status quo und zu den detaillierten Partikularforderungen, welche die übrigen Seiten des Wahlprogramms füllen. Doch wollen wir um Mehrheiten für eine radikale Transformation der europäischen Verhältnisse werben, kommen wir nicht umhin darauf zu antworten, welche Schritte denn zu gehen wären, um vom Hier und Jetzt in unsere Zukunftsvision zu gelangen. Egal, ob diese nun als sozialistisches Europa oder Europäische Republik überschrieben ist.

Weil diese Antwort bislang fehlt ist es gut, dass ein Showdown zwischen diesen beiden Ansätzen beim Europaparteitag ausgeblieben ist. Beide sind ohnedies noch zu vage und konfrontativ, um für die Gesamtpartei integrativ wirken zu können. Es ist jedoch zu wünschen, dass ihre Ausdifferenzierung und Zusammenführung in der gemeinsamen Debatte nun nicht beendet ist. Der „Neustart“-Kompromiss mag heute die richtige Wahl sein. Doch es wäre sehr bedauerlich, wenn er die Chance beerdigt, unsere Vision einer demokratisch sozialistischen Gesellschaft endlich zu konkretisieren. Europa ist dafür ein guter Maßstab. Der Bonner Europaparteitag könnte der Ausgangspunkt einer neuen Programmdebatte werden.

von
Uwe Zander,
Basisorganisation
Grünheide

DIE LINKE Grünheide: Meine politische Heimat

Erste Gedanken zum Bonner Parteitag der Partei DIE LINKE

Der Beschluss des EU-Wahlprogramms ist die endgültige Verabschiedung meiner Partei von den Prinzipien des Marxismus, von den Vorstellungen einer wahrhaft sozialistischen Welt, von den Grundbedürfnissen der Menschheit nach Frieden und Gerechtigkeit. Statt einer Fundamental-Opposition wird nach einem Neustart der EU gerufen – und das mit dem undemokratischen und nicht durch eine Volksabstimmung legitimierten Machtapparat der EU. Nun weiß jeder normal Denkende, dass zuerst das Alte liquidiert werden muss, um die Voraussetzungen für das Neue zu schaffen. Dummerweise wird dann noch die Europäische Union mit Europa gleichgesetzt, was nicht nur mit fehlender Bildung zu entschuldigen ist – dahinter steckt Methode. Ganz im Sinne der USA! Russland gehört also nicht dazu, und das ist gewollt.

Das zeigt sich besonders in der Ablehnung zweier fundamentaler Anträge für friedliche Beziehungen zu Russland und gegen eine US-Militärintervention in Venezuela. Verfahrensfragen waren also wichtiger als die Frage Krieg oder Frieden. So ist auch zu erklären, wie unsere Parteiführung ohne Regung zusieht, wie amerikanische Panzer durch Deutschland und auch Brandenburg gen Osten rollen. Die antirussische und antichinesische Grundhaltung einiger führender Genossinnen und Genossen ist nicht mehr zu ertragen. Das entfernt uns weiter von den Interessen unserer Bürger – ich meine besonders jene in den neuen Bundesländern. Sie haben keinen wahren Interessenvertreter mehr, werden allein gelassen und anfällig für die braunen Gedanken der AfD. All jene, die eine Westausdehnung unserer Partei als das Wichtigste ansahen, sind heute im kapitalistischen, ja imperialistischen Deutschland angekommen, sitzen im Bundestag und einigen Landesregierungen.

Ein Wort zu Brandenburg: Wenn unsere Regierungsmitglieder eine Kreisgebietsreform, Straßenbaugebühren, den Abbau von Polizei und Lehrern, das Nichtabholen von EU-Fördergeldern und den Flughafen BER mit verantworten, dann aber zurück rudern müssen, wirft das ein schlechtes Licht auf uns alle und kostet das Vertrauen der Bürger.

Meine Basisorganisation Grünheide ist meine politische Heimat, sie gibt mir Kraft und Vertrauen. Wir haben junge Genossen und Sympathisanten zu den Kommunalwahlen gewählt. Sie verkörpern die Zukunft unserer – meiner – Partei.

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses der Partei
DIE LINKE

Der vierte Tag

Der Bundesausschuss behandelte die vom Parteitag überwiesenen Anträge

Im Februar kamen in Bonn der Bundesparteitag und die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der LINKEN an drei Tagen zusammen, um das Wahlprogramm für die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union am 26. Mai 2019 zu beraten und zu beschließen und die Bundesliste der LINKEN für diese Wahl zu wählen.

Die Vorgeschichte

Der Parteitag erfüllte sein Arbeitspensum mit einer ganzen Reihe von Wahlen zu Gremien der Partei, Beschlussfassungen über Satzungsänderungen, Reden, Berichten, einer Generaldebatte sowie – und das nahm den größten Raum ein – der Aussprache und Beschlussfassung zum Wahlprogramm für die Wahlen am 26. Mai 2019.

Für die Behandlung von Anträgen an den Bundesparteitag blieb so keine Zeit. Deshalb gab es zum Ende des Parteitages den Vorschlag, die von der Antragskommission zur Behandlung durch den Parteitag anerkannten Anträge an verschiedene Organe der Partei zu überweisen.

Abweichend vom Vorschlag der Antragskommission hat der Parteitag einige Anträge dann nicht an den Parteivorstand, sondern an den Bundesausschuss überwiesen. Dazu zählen unter anderem die Anträge D.1. „Nein zum neuen Polizeigesetz Brandenburg“, G.2. NEU „Solidarität mit Lateinamerika“ und P.1. NEU „Für friedliche Beziehungen zu Russland — der Vergangenheit und der Zukunft wegen“.

Und so wurde dann der 10. März für die Mitglieder des Bundesausschusses zum vierten Tag des Parteitages.

Antrag D.1. „Nein zum neuen Polizeigesetz Brandenburg“

Mit diesem Antrag betrat der Bundesausschuss Neuland. Trotz mancher Anläufe hatte er es in der Vergangenheit stets vermieden, sich zur Politik einzelner Landesverbände zu äußern. Das war so nach der Überweisung eines Dringlichkeitsantrages vom Parteitag nicht mehr möglich. Da konnte es nur noch um Annahme oder Ablehnung dieses Antrages gehen.

Der Bundesausschuss hat den aus einem Satz bestehenden Antrag angenommen: „Der Bundesparteitag fordert die Linksfraktion im Landtag Brandenburg auf, kein neues Polizeigesetz mitzutragen, das polizeiliche Befugnisse ausweitet und Grundrechte abbaut.“

Antrag G.2. NEU „Solidarität mit Lateinamerika“

Der Antrag lag dem Bundesausschuss als gemeinsamer Antrag des Parteivorstandes und Cuba Sí vor. Dieser Antrag war von Cuba Sí und anderen rechtzeitig eingebracht worden. Im Januar konnte sich da-

Quelle: facebook.com-linkspartei-photos-a.60691390682-10153844215535683, entnommen am 17. März 2019

her der Parteivorstand über seine Position zu diesem Antrag verständigen. Im Ergebnis entstand der Text, der dem Parteitag als gemeinsamer Antrag des Parteivorstandes und von Cuba Sí vorgelegt wurde.

Wenige Tage vor der Sitzung des Bundesausschusses ging dann ein Dringlichkeitsantrag des geschäftsführenden Parteivorstandes ein, der nur als Alternativantrag zum Antrag an den Parteitag verstanden werden konnte. Da dieser Dringlichkeitsantrag keinen Bezug auf Entwicklungen nach dem Bundesparteitag (also nach der Überweisung des Parteitagsantrages an den Bundesausschuss) nahm, hat der Bundesausschuss mit Mehrheit beschlossen, diesen Antrag nicht zuzulassen. Der vom Parteitag überwiesene Antrag fand dann eine deutliche Mehrheit.

Hier möchte ich eine grundsätzliche Überlegung einfügen: Es gibt eine fatale Kette von Problemen, die DIE LINKE hat und die auch in der Diskussion um Venezuela zu wirken scheint.

Wer die Nation für ein bürgerliches Hirngespinst hält, der hat natürlich auch ein Problem mit dem Nationalstaat. Aber zu einem solchen Staat gehört ein Staatsvolk. Es ist dieses Staatsvolk, dem das Selbstbestimmungsrecht als eines der Grundrechte des Völkerrechts zusteht. Das gilt unabhängig davon, ob uns oder sonst irgendwem die jeweilige Staatsform, Regierung oder die von den Regierungen verfolgte Politik gefällt. Und es läuft auf eine Relativierung des Selbstbestimmungsrechtes hinaus, seine Verteidigung mit wohlfeiler Kritik an den Regierungen zu garnieren, die Opfer imperialistischer Politik werden.

Es ist schon eine Weile her, dass sich Berlin, Paris, London oder Washington so unverblümt als die Herren der Welt aufspielten, mit dem Anspruch zu bestimmen, wer wo regieren darf, kann oder soll, wie sie es jetzt im Falle Venezuela tun. Angeblich „humanitäre“ Begründungen für diesen Anspruch wurden von schwarz über rosa bis grün, von Libyen, über Irak, Afghanistan bis Syrien herangezogen, um Kriege mit Millionen Toten zu begründen.

Die um Venezuela aufflackernde Kriegsgefahr und die mehr oder weniger offenen Forderungen nach ausländischen Interventionen bergen die Gefahr, dass eine weitere Region in imperialistischen Kriegen verbrennt. Wir dürfen angesichts dieser Gefahr nicht der Versuchung nachgeben, durch einen Streit über die Innenpolitik Venezuelas oder durch politisches taktieren den Kampf gegen diese Kriegspolitik zu relativieren.

Antrag P.1. NEU „Für friedliche Beziehungen zu Russland – der Vergangenheit und der Zukunft wegen“

Auch dieser Antrag fand im Bundesausschuss eine deutliche Mehrheit. Es hat lange gebraucht, bis er endlich mit einer Beschlussfassung entschieden werden konnte. Und auch am 10. März drohte im Bundesausschuss wegen der verlängerten Diskussion um das Polizeigesetz in Brandenburg die Zeit knapp zu werden.

Wer diesen Beschluss zur Kenntnis nimmt, der wird keine Rechtfertigung russischer Innenpolitik finden – aber die große Sorge die die Zuspitzung der Kriegsgefahr, die von den USA und der NATO ausgeht. Nicht zu vergessen – der Ausbau von Panzerstraßen durch die NATO an die russische Grenze gehört zum Ausbau des „Theater of War“ – neudeutsch Ausbau des Kriegsschauplatzes. Das ist „Ausbau“ für einen Krieg, in dem Europa verbrennen würde, den sich aber manche in den USA wieder als „begrenzten“ Krieg vorstellen. Dafür werden Mittelstreckenraketen gebraucht, wird der INF-Vertrag gekündigt.

Versuch eines Fazits

Aber vielleicht gibt es ja bei den Auseinandersetzungen um die vom Bundesausschuss entschiedenen Anträge noch ganz andere Zusammenhänge. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 17. März 2019 war jedenfalls mit Blick auf DIE LINKE zu lesen: „Das größte Hindernis auf der gemeinsamen Reise zur Macht aber ist aus grüner Sicht die Außenpolitik. Özdemir sieht das so, Göring-Eckardt auch. Nach wie vor sei man hier in Grundfragen geteilter Meinung, sagt sie. Das gelte für die Bewertung der Lage in Venezuela, wo die Linkspartei das Regime von Nicolas Maduro unterstützt, genauso für das ‚unkritische Verhältnis‘ der Linken zu Russland. Auch dass die Linkspartei Auslandseinsätze der Bundeswehr komplett ablehne, sei für die Grünen ‚nicht akzeptabel‘. Die Distanz zwischen grünen Realos und der Linkspartei könnte deshalb das größte Problem für künftige rot-rot-grüne Mehrheiten werden.“

So jedenfalls die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung unter dem Titel „Rotrotgrün ist der Lenz. Wagenknecht tritt ab. Links der Mitte schnuppern manche jetzt Frühlingsluft.“

Während der Zeit des Bonner Europaparteitag der LINKEN vor dem Tagungszentrum ein Symbol gegen Waffenexporte – parkender „Panzer“, Foto: DIE LINKE, Dirk Anhalt

Fahrräder für Kuba

Wir sammeln Fahrräder – gut erhaltene, aber auch reparaturbedürftige.

Die Fahrräder werden einer technischen Überprüfung unterzogen, ggf. repariert und mit unseren Solidaritätscontainern nach Kuba geschickt.

Die Fahrräder erhalten die Menschen in den Projektregionen, in denen Cuba Sí aktiv ist.
Kontakt: Werner Gerathewohl, Tel.: (030) 6 55 84 28

Cuba sí

Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon (030) 24 00 94 55, -4 56
www.cuba-si.org | berlin@cuba-si.org

Spendenkonto: Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí,
IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELADEBEXXX
Verwendungszweck bitte immer angeben:
„Kuba muss überleben“ oder
„Milch für Kubas Kinder“.

von
Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg,

• **Internet**:
http://volkmar-schoeneburg.de/
• **Facebook**:
www.facebook.com/volkmar.schoneburg
• **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:
(0 33 61) 3 69 89 81
• **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
Handy:
(01 52) 29 08 10 64
Franziska Schneider
Handy:
(0 15 20) 3 70 96 95

Aus der Linksfraktion im Landtag

Das kleinere Übel?

Anmerkungen zur Verabschiedung der Novelle zum Polizeigesetz

„Eigentlich läuft alles ganz prima, aber trotzdem brauchen wir mehr Überwachung.“ (Angela Merkel)

Am 13. März war es soweit. Nach monatelangen Debatten verabschiedete der Brandenburger Landtag die umstrittene Novelle zum Polizeigesetz. Vor allem für DIE LINKE war das Projekt zur Zerreißprobe geworden, weshalb die Medien mit Argusaugen das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktionäre beobachteten. Das Ergebnis war dann klarer als erwartet. 45 Abgeordnete stimmten für den Entwurf, 37 gegen ihn. Ein Parlamentarier – der Autor dieser Zeilen – enthielt sich. Das nun verabschiedete Gesetz ist gegenüber dem Entwurf aus dem Innenministerium, der im Sommer 2018 in das Gesetzgebungsverfahren gegeben worden war, drastisch entschärft worden. Dieser Entwurf unterschied sich nur punktuell vom bayerischen Polizeiaufgabengesetz vom Mai 2018, das der Polizei fast grenzenlose Befugnisse einräumt.

Bereits bevor der Entwurf vom Kabinett verabschiedet wurde, hatte DIE LINKE dafür gesorgt, dass gravierende Eingriffsbefugnisse wie u.a. die elektronische Fußfessel für „Gefährder“ oder die Online-Durchsuchung aus dem Text gestrichen wurden (vgl. „Kritik am Kompromiss“, Widerspruch Dez. 2018/Jan. 2019, Seite 4). Dann erfolgte Anfang Januar im Innenausschuss des Landtags die Expertenanhörung. Gleichzeitig erhöhte sich der außerparlamentarische Druck durch das Bündnis gegen das Polizeigesetz, dem auch Kreisverbände von DIE LINKE beigetreten waren. Die Experten, sofern sie nicht Vertreter der Polizei waren, übten heftige Kritik am aktuellen Entwurf. Die außerparlamentarische Initiative, die Diskussion innerhalb der Brandenburger Linkspartei und die Ergebnisse der Anhörung waren für die Linksfraktion Anlass, um in zähen Verhandlungen mit der SPD die Novelle weiter zu entschärfen. So wurden beispielsweise die Quellen-TKÜ („Staatstrojaner“), das heimliche Betreten von Wohnungen und die Verknüpfung von Meldeauflagen mit dem Versammlungsgesetz aus dem Entwurf verbannt. Darüber hinaus muss nun bei der Anordnung der Präventivhaft, wenn sie länger als vier Tage dauert, ein Pflichtverteidiger gestellt werden. Damit sind wesentliche Forderungen der verschiedenen Kritiker umgesetzt worden.

Kritik bleibt aber dennoch. Sie richtet sich hauptsächlich gegen die Einführung eines Feindrechts gegenüber Personen, von denen angenommen wird, sie könnten einmal terroristische Straftaten begehen. Für sie sind Bewegungs- und Kontaktverbote sowie die von vier Tagen auf vier Wochen ausgedehnte Präventivhaft vorgesehen. Das Gesetz unterscheidet zwischen Personen (Bürgern) und Unpersonen („Gefährder“, Terrorverdächtige), für die das Gesetz, wenn man es nüchtern betrachtet, letztlich Strafen vorsieht, ohne dass eine Straftat vorliegt. Daneben ist die Ausdehnung der Schleierfahndung oder die Einführung sogenannter Bodycams kritikwürdig. Positive Regelungen wie die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle fanden keinen Eingang in das Gesetz.

In der Linkspartei wurde an der Basis, im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion darüber gestritten, ob man dem Gesetz überhaupt zustimmen könne. Mehrheitlich wurde das nach hartem Ringen bejaht. Argumente dafür waren: Nachdem wir so erfolgreich verhandelt haben, würde nun eine Ablehnung zum Verlust von politischer Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit führen. Zudem wisse man nicht, wie die Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl am ersten September aussehen. Zu erwarten wäre dann mit hoher Wahrscheinlichkeit ein noch schärferes Gesetz. Insofern sei die Zustimmung zu dem Gesetz, dem die Drachenzähne gezogen worden seien, das kleinere Übel. Zu guter Letzt wird angeführt, dass ja mehr als 60 Prozent unserer Wähler eine Verschärfung des Polizeigesetzes bejahen würden. (Wie würden wir uns verhalten, wenn die Mehrheit unserer Wähler die Wiedereinführung der Todesstrafe fordern würde?)

Die Argumente (vor allem das letzte) verdeutlichen das Dilemma. Das neue Polizeigesetz kann zwar nicht mit dem bayerischen gleichgesetzt werden, aber ein Gegenentwurf, wie behauptet, ist es wahrlich nicht. DIE LINKE hat sich hier vielmehr auf die Logik eines Sicherheitsdiskurses eingelassen, dem sie eigentlich eine alternative Debatte über eine grundrechtsorientierte Kriminalpolitik entgegensetzen müsste. Denn ein neues Polizeigesetz ist bei einem Blick auf die Kriminalstatistik und die reale Terrorgefahr für Brandenburg nicht erforderlich. Das alte Gesetz und die Bundesgesetze sind völlig ausreichend (und rechtsstaatlich bereits an vielen Stellen bedenklich). Aber die Politik hat das Thema „innere Sicherheit“ in sozial unsicheren Zeiten für den Machterhalt oder zur Gewinnung derselben erkannt. Neoliberalismus und Globalisierung forcieren die soziale Spaltung der Gesellschaft. Gleichzeitig ist die Regelungskompetenz des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik stark limitiert. Deshalb ist er bestrebt, Handlungsfähigkeit in der lokalen Sicherheitspolitik zu dokumentieren und damit auf die mit sozialem Abstieg und Kontrollverlusten verknüpften diffusen Ängste der Menschen zu reagieren. Die politischen Eliten erhoffen sich Wahlvorteile aus einer dramatisierten Sicherheitslage. Ihre Antwort ist der Ausbau des Überwachungsstaates. Politiker inszenieren sich als Hüter einer scheinbar gefährdeten staatlichen Ordnung. Auf der Strecke bleibt der Rechtsstaat, gedacht als Limitierung der Staatsgewalt im Interesse der Bürger. Vor diesem Hintergrund ist nicht eine Politik des kleineren Übels, sondern eine zur Rückgewinnung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates gefragt!

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE (Zusammenstellung: Franziska Schneider)

Mieterschutz: Frist für Eigenbedarfskündigungen erhöhen

von Anita Tack, wohnungspolitische Sprecherin

Gerade die berlinnahen Städte Brandenburgs haben derzeit einen hohen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Besonders dort – aber nicht nur dort – ist Mieterschutz von zunehmender Bedeutung. DIE LINKE will die Frist für Eigenbedarfskündigungen erhöhen, um die Situation zu verbessern. Wir sehen darin ein mögliches Mittel, mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter zu gewährleisten. Hier hat das Land Brandenburg Regelungsmöglichkeiten, auch wenn Mietrecht größtenteils Bundesangelegenheit ist.

In Brandenburg gilt derzeit eine Frist von drei Jahren im Falle einer Eigenbedarfskündigung. In anderen Ländern ist sie deutlich höher. So ist z.B. in Nordrhein-Westfalen die Kündigungsfrist in Gebieten, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum gefährdet ist, von drei auf bis zu acht Jahre verlängert worden.

Deshalb haben wir die Landesregierung mit einem Entschließungsantrag beauftragt, eine Verordnung für eine Kündigungssperrfrist zu prüfen, die für Orte mit einem angespannten Wohnungsmarkt gelten soll. Damit könnte der Mieterschutz in Brandenburg deutlich gestärkt werden. Zunächst sollen dafür alle relevanten Daten herangezogen werden, um ein Bild von der Situation zu entwickeln. Besonders wichtig sind uns bei dieser Analyse der Austausch mit dem Mieterbund und dessen Einschätzung in Bezug auf unser Vorhaben. Der Infrastrukturausschuss wird sich demnächst mit diesem Thema befassen – denn wir wollen, dass die Verordnung zügig zur Anwendung kommt.

Zum Entschließungsantrag: Drucksache 6/8630 (https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8600/8630.pdf).

Wahlrecht für alle – pauschale Wahlausschlüsse streichen

von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

Niemand sollte aufgrund einer Behinderung daran gehindert werden, sein Wahlrecht wahrzunehmen. Darum haben SPD und DIE LINKE zu dieser Plenarsitzung einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Streichung der Wahlbeschränkungen für Menschen mit Behinderungen vorsieht. In Brandenburg sind bis heute ca. 2 400 Menschen von der Teilnahme an Wahlen zum Bundestag, zum Landtag und auf kommunaler Ebene ausgeschlossen. Darunter sind zum Beispiel Menschen mit Down-Syndrom, bei denen sehr oft die Betreuung in allen Angelegenheiten angeordnet worden ist. In der Folge dürfen sie ihre Stimmen bei Wahlen und Abstimmungen sehr oft nicht abgeben, weil sie aus dem Wahlregister gestrichen werden.

Dabei ist die Wahl in unserer vorrangig repräsentativen Demokratie das wichtigste demokratische Recht. Die Monitoringstelle zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat den geltenden pauschalen Ausschluss dieser Personengruppe gerügt. Mit dem Gesetzentwurf soll Menschen, für die eine Betreuung in allen Angelegenheiten angeordnet wurde, die Teilnahme an demokratischen Wahlen ermöglicht werden. Das soll schon zu den im nächsten Jahr stattfindenden allgemeinen Kommunalwahlen gelten. Ausgeschlossen sollen aber diejenigen bleiben, die infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzen. Brandenburg ist dann nach Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen das dritte Bundesland, in dem diese so umfänglich betreuten Menschen wählen dürfen. Wir ermöglichen auf diese Weise mehr Teilhabe und unterstützen eine inklusive Gesellschaft.

Zum Gesetzentwurf: Drucksache 6/8540 (https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8500/8540.pdf).

Zeitgemäße Weiterentwicklung des Psychisch-Kranken-Gesetzes

von Bettina Fortunato, gesundheitspolitische Sprecherin

Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen benötigen umfassende und koordinierte Hilfen, wobei oberstes Ziel immer ein eigenverantwortliches und selbständiges Leben in der Gemeinschaft ist. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

Das Brandenburgische Psychisch-Kranken-Gesetz (BbgPsychKG) hat sich seit 2009 bewährt und ist ein modernes Gesetz. Dennoch muss es nun zeitgemäß an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) sowie an die medizinische Diskussion angepasst werden. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im 1. Quartal 2019 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Das Selbstbestimmungsrecht und die Persönlichkeitsrechte psychisch kranker Menschen sind dabei zu beachten und weiter zu stärken. Zudem ist das Gesetz verständlich und nachvollziehbar zu gestalten, sodass es auch von Betroffenen und deren Angehörigen verstanden werden kann. Das Gesetz soll die kommunalen Dienste, den Öffentlichen Gesundheitsdienst und den Sozialpsychiatrischen Dienst stärken. Des Weiteren ist eine angemessene Ausstattung und qualifiziertes Personal in allen Bereichen der Versorgung festzulegen. Zu prüfen ist, ob durch das Land die Psychiatrie-Koordination gesetzlich festgeschrieben werden kann. Eine Vernetzungsstruktur soll mit gemeindepsychiatrischen Verbünden erreicht werden. Zusätzlich soll die überregionale und interdisziplinäre Vernetzung und Zusammenarbeit gestärkt werden. Um die Interessen der Betroffenen besser vertreten zu können, müssen die Besucherkommission gestärkt und eine kommunale Beschwerdestelle eingerichtet werden.

Wir fordern eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes hin zu einem noch moderneren Gesetz, welches die Rechte der Betroffenen weiter in den Mittelpunkt stellt.

Zum Antrag: Drucksache 6/8576 (https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8500/8576.pdf).

Susanna Karawanskij, DIE LINKE, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Sozialministerin Karawanskij fordert grundlegende Reform der Pflegefinanzierung

Brandenburger Bundesratsinitiative

Brandenburgs Sozialministerin Susanna Karawanskij fordert eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung. „Die Pflegeversicherung muss für eine echte Absicherung im Pflegefall sorgen, so dass die Kosten für Pflegebedürftige kalkulierbar sind. Das Risiko von steigenden Kosten darf nicht länger allein von den Betroffenen geschultert werden. Wir brauchen einen festen Eigenanteil, der mit den Leistungen der Pflegeversicherung bis zur tatsächlich erforderlichen Höhe der Kosten aufgestockt wird", sagte Karawanskij vor der Bundesratssitzung am 15. März 2019 in Berlin. Dort stand die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung erneut auf der Tagesordnung.

Das Land Brandenburg hatte gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen am 6. Juli 2018 den Entschließungsantrag „Herausforderungen in der Pflege angehen und Kosten gerecht verteilen" in den Bundesrat eingebracht. Die Initiative wurde in die Bundesratsausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen, fand aber bislang noch keine Ländermehrheit und wurde deshalb vertagt. Nun haben die Länder Hamburg, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein einen weiteren Entschließungsantrag zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung eingebracht.

Karawanskij sagte dazu: „Das Ziel beider Anträge ist das gleiche: Die *Pflegeversicherung muss reformiert werden*, damit Pflegebedürftige vor unberechenbaren Kostensteigerungen geschützt werden. Wichtig ist, dass das Problem auf Bundesebene erkannt wurde. Die Änderungen müssen jetzt aber auch umgesetzt werden. Wir stehen in der Pflege vor großen sozialpolitischen Herausforderungen. Immer mehr Menschen werden im Alter Hilfe benötigen. Um den Pflegenotstand abzuwehren, brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung. Wir müssen jetzt die notwendigen Schritte angehen, sonst werden schon in naher in Zukunft Tausende gezwungen sein, zum Sozialamt zu gehen, da sie sich Pflege einfach nicht leisten können."

Klar sei aber auch, dass *gute Pflege* ihren Preis hat. „Die Beschäftigten in der Pflege müssen besser bezahlt werden. Ihre *Gehälter müssen steigen*, sonst werden wir den steigenden Fachkräftebedarf nicht sichern können. Die Pflege steht hier in einem harten Wettbewerb mit anderen Branchen. Entscheidend für die Fachkräftesicherung *sind attraktive Arbeitsbedingungen* in Pflegeeinrichtungen", betonte *Karawanskij*. Bislang ist es jedoch so, dass jede Verbesserung in der Bezahlung der Beschäftigten oder auch in der Anhebung des Personalschlüssels ausschließlich durch die pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen zu bezahlen ist.

Karawanskij erklärte weiter: „Wenn man die Bereitschaft einfordert, mehr für die Pflege zu bezahlen, muss man aber auch sagen, woher das Geld kommen soll. Wir haben gemeinsam mit Thüringen vorgeschlagen, langfristig auf eine *solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung* zu setzen. Das bedeutet, dass sich alle Einkommensarten an der Finanzierung der Pflege beteiligen müssen. Alle Einkommen aus abhängiger und selbstständiger Arbeit, aber auch Einkommen aus Kapitalvermögen oder aus Vermietung und Verpachtung. So können wir die Pflegeversicherung stärken. Aber ich bin natürlich offen für alternative Finanzierungsvorschläge. Denkbar sind auch Steuerzuschüsse – wie jetzt von anderen vorgeschlagen. Klar ist aber, dass für die entstehenden Mehrkosten die Pflegeversicherung finanziell besser ausgestattet werden muss. Und dafür muss am Ende der Bund sorgen."

Hintergrund

Das Problem der Pflegeversicherung ist, dass sie eine unechte Teilkasko-Versicherung ist, die nur einen Zuschuss zu den tatsächlichen Kosten beiträgt. Steigen die Pflegekosten, müssen die Betroffenen bisher die Hauptlast tragen. Wer sich das von seinem Einkommen nicht leisten kann, muss heute zum Sozialamt und dort *„Hilfe zur Pflege"* beantragen. Das ist eine Form der Sozialhilfe, die pflegebedürftigen Personen zusteht, wenn sie die für die Pflege benötigten Mittel durch eigenes Einkommen und Vermögen nicht oder nicht vollständig decken können, und auch Angehörige keine finanzielle Unterstützung bieten können. Gesetzliche Grundlage ist § 61 SGB XII.

In Brandenburg gibt es derzeit über 132 400 Pflegebedürftige. Laut der Sozialhilfestatistik beziehen in Brandenburg rund 22 Prozent der pflegebedürftigen Menschen Hilfe zur Pflege. Bundesweit sind es ca. 30 Prozent.

Quelle: masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.625279.de

Schwere Entscheidung im Landesvorstand

Landesvorstand stimmt mehrheitlich der Novelle zum Polizeigesetz zu

Am 9. März traf sich der Landesvorstand unter anderem, um sich über den Sachstand beim Polizeigesetz zu informieren.

Als Gäste begrüßten wir unseren Sprecher für Innenpolitik im Landtag, Hans-Jürgen Scharfenberg, unseren Finanzminister Christian Görke und unseren parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion Thomas Domres. Alle 3 berichteten über die zähen und außerordentlich schwierigen Verhandlungen mit der SPD in den gemeinsamen Sitzungen der Koalition. Die Novellierung des Polizeigesetzes beschäftigte uns bereits seit Monaten immer wieder im Landesvorstand und die Diskussion darüber wurde stets sehr emotional geführt.

Im Koalitionsvertrag wurde auf Drängen des Koalitionspartners folgendes dazu vereinbart: Die Koalition wird das Polizeigesetz für

eine noch wirksamere Bekämpfung von Straftaten fortentwickeln. Für mich war relativ klar, das dies eher eine Verschärfung des aktuellen Polizeigesetzes bedeutet. Die Herausforderung bestand nun darin, den von Minister Schröter (SPD) vorgelegten Gesetzentwurf zu entschärfen und die Positionen herauszuverhandeln, die eine LINKE nicht vertreten kann. Die Einführung folgender neuer Eingriffsbefugnisse bzw. die Verschärfung folgender bestehender Eingriffsbefugnisse konnten verhindert werden:

- keine generelle Übernahme und umfangreiche Verwendung des Begriffs der „drohenden Gefahr", wie es das bayerische Polizeiaufgabengesetz vorsieht, beschränkt auf terroristische Straftaten
- keine Online-Durchsuchungen
- keine genetischen Untersuchungen
- keine elektronische Fußfessel zur Gefährderüberwachung
- Sprengmitteleinsatz, insbesondere dem Einsatz gegen Menschen de facto ausgeschlossen
- Halbierung der vorgesehenen Speicherfristen bei der Videoüberwachung
- Halbierung des Zeitraumes für eine mögliche Gewahrsamnahme
- Einführung oder Verschärfung von Richtervorbehalten bei grundrechtsrelevanten polizeilichen Maßnahmen

Ja, trotzdem bleibt die Novellierung eine Verschärfung und keines der Mitglieder des Landesvorstands ist glücklich damit, dennoch beschlossen wir mehrheitlich die Landtagsfraktion aufzufordern, dem Polizeigesetzentwurf am 13. März zuzustimmen.

Ich kann nicht für andere sprechen, aber die Fragen, die sich mir für meine Entscheidungsfindung stellten, waren folgende: Was passiert eigentlich, wenn wir dem veränderten Gesetz nicht zustimmen? Würde es zum Koalitionsbruch und damit zu vorgezogenen Neuwahlen kommen? Hätte der Ministerpräsident unsere Minister*innen entlassen und die SPD in einer Minderheitsregierung allein weiter regiert? Möglich und vor allem wahrscheinlich wäre auch gewesen, dass die SPD mit den Stimmen der CDU ein noch viel schärferes Polizeigesetz verabschiedet hätte. Ein Gesetzentwurf der CDU lag ebenfalls vor und der schlug den der SPD um Längen. Welche Konstellation wird in der neuen Legislatur in Brandenburg regieren und was würde das dann für das Polizeigesetz bedeuten? Wie erklärt man den Wähler*innen, dass man sich in fast allen streitigen Punkten gegen den Koalitionspartner durchgesetzt hat und dann trotzdem im entscheidenden Moment einen Rückzieher macht? Ich hätte mir mal in vielen anderen Projekten, die wir in dieser und der vergangenen Legislatur erreicht haben, gewünscht, dass die Presse so deutlich unseren linken Verhandlungserfolg hervorhebt. Meistens war es ja eher so, dass wir z.B. um das beitragsfreie Kitajahr gekämpft haben und die SPD medial die Lorbeeren dafür kassierte. Meine persönliche Entscheidung war es, den Beschluss des Landesvorstands mitzutragen, auch mit dem Wissen, dass hierzu die Meinungen weit auseinander gehen.

Und ganz nebenbei konnten wir durch den Kompromiss einen weiteren Erfolg erzielen, der nur indirekt mit dem Polizeigesetz zu tun hat. Wir haben durchgesetzt, dass im Gesamtpaket das NSU-Skandalaufarbeitungsgesetz kommt, mit fast allen Schlussfolgerungen aus der Arbeit der drei Abgeordneten unserer Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss. Unser Abgeordneter Volkmar Schöneburg hat sehr intensiv zu diesem Erfolg beigetragen.

Wir als Landesvorstand bieten euch an, wenn ihr Gesprächsbedarf zu diesem oder auch zum Verfassungsschutzgesetz habt, meldet euch bei mir und wir versuchen einen Rahmen zu finden, um uns mit euch auszutauschen. Ihr erreicht mich unter Tel. (01 52) 29 08 10 64.

Romy Neupert, Beerfelde, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Brandenburg

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree

Gesamtmitgliederversammlung beschloss Kreiswahlprogramm

DIE LINKE setzt im Kreis auf mehr Teilhabe und Mobilität

Auf ihrer Sitzung am 16. Februar diskutierte und beschloss die Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Oder-Spree ihr Programm für die Wahlen zum Kreistag am 26. Mai. Schwerpunkte bildeten unter anderem Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Teilhabe und der Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

So fordert DIE LINKE unter anderem die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Rekommunalisierung des Busverkehrs. Wenn die Verträge mit dem derzeitigen Betreiber auslaufen, gibt es die Möglichkeit, den Busverkehr wieder in der Hand des Landkreises zu übernehmen. Dann kann flexibler und besser auf Veränderungen in Fahrplänen reagiert werden, Linien ausgebaut und Busse z.B. auf Elektromobiliät umgestellt werden. Die Anbindungen an die Bahn sollen verbessert werden, und ebenso soll die Verfügbarkeit von Verkehrsangeboten auf dem Land durch Rufbussysteme und andere Varianten ausgebaut werden. Der Schülerverkehr soll so gestaltet werden, dass z.B. kein Grundschulkind länger als 30 Minuten Schulweg hat.

Ebenso zentral, wie das Thema Verkehr, ist das Thema Wohnen. Gerade im Berliner Umland steigen die Mieten. DIE LINKE will mehr kommunales Wohneigentum, um darüber regulierend auf die Mietenentwicklung Einfluss zu nehmen. Deshalb fordert sie unter anderem die Schaffung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft, um in den Kommunen, in denen es keine eigenen Gesellschaften gibt, agieren zu können, und die anderen

von **Julia Wiedemann**, Woltersdorf, Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree

kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu unterstützen. Die Gemeinden sollen beim Wohnungsbau durch den Kreis unterstützt werden.

Aktuell wird das Thema Pflege überall in Deutschland diskutiert. Auf kommunaler Ebene haben wir nur wenig Einfluss auf bundesweite Regelungen, Pflegeversicherung und Krankenkassen. Doch kann DIE LINKE sich im Kreis dafür einsetzen, dass kommunale Krankenhäuser erhalten bleiben und ein kreiseigener Pflegedienst ins Leben gerufen wird, bei dem besser über ordentliche Bezahlung und vernünftige Arbeitsbedingungen gewacht werden kann. Durch die Schaffung Medizinischer Versorgungszentren soll auch im ländlichen Raum die Gesundheitsversorgung ausgebaut werden.

In der Bildung will DIE LINKE Schulzentren fördern und sich für eine moderne technische Ausstattung einsetzen. Sozialarbeiter*innen/Sozialpädagog*innen, Schulgesundheitsfachkräfte und Schulsachbearbeiter*innen sollen an allen Schulen eingesetzt werden.

Angesichts der aktuellen Brexit-Diskussion und der Debatte um die Zukunft Europas darf der Europa-Bezug im kommunalen Wahlprogramm natürlich nicht fehlen. DIE LINKE will daher europäischen Schulaustausch fördern; jede*r Schüler*in im Landkreis soll mindestens einmal in der Schullaufbahn die Möglichkeit der Teilnahme an einem europäischen Schulaustauschprojekt haben. Für Verwaltungsmitarbeiter*innen soll eine „europäischer Führerschein" eingeführt werden, als Weiterbildungsmaßnahme und Anerkennung von Europa-Kompetenz.

Das vollständige Kreiswahlprogramm kann auf der Internetseite des Kreisverbandes unter **www.dielinke-oder-spree.de** in der Rubrik **Wahlen 2019** eingesehen werden.

von
Christopher Voß,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-Spree

■ März 2019

Wahlvorbereitung, Polizeiaufgabengesetz ...

In acht Wochen finden die Wahlen zu den kommunalen Vertretungen und zum Europäischen Parlament statt. Bis zum 26. Mai gilt es nun, unsere Anhängerschaft maximal zu mobilisieren. Dabei müssen wir darstellen, welche Werte es zu verteidigen gilt und welch enorme Chancen eine solidarischere EU und ein sozialerer Landkreis Oder-Spree für ihre Bewohner*innen und darüber hinaus birgt.

DIE LINKE Oder-Spree tritt mit 40 Kandidat*innen für den Kreistag und mit über 120 Kandidat*innen für die Städte und Gemeinden an, um für die nächsten fünf Jahre unsere Kommunen sozialer, demokratischer und ökologischer zu gestalten. Im Wahlkampf kommt es auf uns alle an. Jeder kann und muss sich im Rahmen der individuellen Möglichkeiten in dieser Zeit einbringen, um möglichst viele Menschen für unsere Programme gewinnen zu können. Neben Aktionn, Auftritten und Wahlmaterialien wird es entscheidend darauf ankommen, dass wir mit möglichst vielen Bürger*innen ins Gespräch kommen. Nicht jedem Mitglied liegt ein persönlicher Wahlkampf und erst recht das Überzeugen fremder Personen von der eigenen Meinung. Doch bekannterweise ist das persönliche Gespräch die effektivste aller Wahlkampfmethoden. Treten wir nun also mit aufrechtem Gang und selbstbewusst in die nächsten acht Wochen.

Zeichnung: Klaus Stuttmann

Auch wenn das Thema Polizeiaufgabengesetz (PolG) eher Risiken birgt, unsere Motivation in dieser Zeit etwas zu dämpfen. Nach monatelangem Streit in der Landesregierung und einer drastischen Entschärfung des urprünglichen Entwurfes vom Innenminister Schröter ist nun ein Kompromiss entstanden, der die Debatte innerhalb der Partei noch lange beschäftigen wird. Kaum ein anderes Gesetz dieser Legislatur wurde innerparteilich so viel und kontrovers diskutiert wie das PolG. Dieser Austausch war sehr wertvoll und zeigt, dass die Basis einen starken Einfluss auf ihre Fraktion ausüben kann. Als DIE LINKE Oder-Spree haben wir zusammen mit drei weiteren Kreisverbänden und vielen Vereinen und Initiativen in Brandenburg in einem Bündnis Druck gegen Schröters Pläne gemacht und damit unserer Landtagsfraktion den Rücken gestärkt. Die Landtagsabgeordneten Isabelle Vandré und Volkmar Schöneburg verdienen meinen Respekt für ihre Ablehnung bzw. Enthaltung zum finalen Gesetzentwurf. Auch die Distanzierungen der Abgeordneten Margitta Mächtig und Anita Tack von ihrer Zustimmung zum Gesetz nehme ich positiv wahr, da sie unterstreichen, welche unterschiedlichen Abwägungsprozess unsere Fraktion vornehmen musste. Auch bei der restlichen Fraktion kann ich mir nicht vorstellen, dass sie der teilweisen Verschärfungen nicht mit großen Bauchschmerzen zugestimmt hat, wissend dass der Ruf als Bürgerrechtspartei verspielt werden könnte. Doch die Gefahr eines die Freiheit deutlich mehr einschränkenderen Textwerkes ohne Regierungsbeteiligung nach dem 1. September bewog die Fraktion zum neuen Gesetz.

Bei der Kommunal- und Europawahl müssen wir nun bei Themen Punkte sammeln, wo uns deutlich mehr Kompetenzen zugeschrieben werden. Auf unseren Kreisverband kommen dabei wieder hohe finanzielle Aufwendungen für den Wahlkampf zu. Ja, es geht ums Geld. Sinkende Mitgliedsbeiträge durch weniger Mitglieder unterstreichen abermals die Notwendigkeit von Mandastträgerbeiträgen, aber auch das aktive Einwerben von Spenden unter Genoss*innen und vor allem unter Sympathisant*innen. Lasst uns in diesem Sinne viele Mitstreiter*innen auch in dieser Frage überzeugen.

Aus dem Kreistag Oder-Spree

Solidarität und Kreishaushalt

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree,
kandidiert am 26. Mai erneut für den Kreistag Oder-Spree im Wahlkreis (Stadt Erkner, Gemeinden Schöneiche, Woltersdorf, Grünheide, Amt Spreenhagen) auf Platz 1.

Anfang April wird der Kreistag in der letzten Sitzung seiner Wahlperiode über den Kreishaushalt für das Jahr 2019 beschließen.

In Vorbereitung darauf hatte die Linksfraktion dem Kreiskämmerer eine Liste von 35 Fragen vorgelegt. Und er kam mit den Antworten am 19. März in die Fraktion.

Natürlich war das Arbeitspensum an einem Abend nicht zu schaffen. Es kamen aber viele Probleme auf den Tisch. Das half uns, unsere Position nicht nur zu finden, sondern sie auch sachkundig zu begründen.

Bis dahin hatte es eine Diskussion über den Kreishaushalt – wieder einmal – eigentlich nicht gegeben. Noch am Tag zuvor – dem 18. März – ging es im Finanzausschuss hauptsächlich nicht um den Kreishaushalt, sondern – wie in den Vorjahren – immer wieder nur um die Absenkung der Kreisumlage. Dabei handelt es sich um den Teil ihrer Einnahmen, die die kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Landkreis abgeben, damit der seine Aufgaben erfüllen kann.

Unsere Fraktion kann dabei dem Ansinnen so mancher Bürgermeister nicht folgen. Deren Position wurde in einem Brief zusammengefasst, der die Mitglieder des Kreistages am 18. März erreichte. Darin hielt es der wortführende Bürgermeister „nicht für erforderlich, dass der Landkreis Gelder über die Kreisumlage von den Gemeinden einsammelt und danach wieder nach einer kreislichen Richtlinie an die Gemeinden verteilt.“ Und er vertrat die Auffassung, „dass die einzelnen Gemeinden allein sinnvolle Entscheidungen treffen können“.

Gerade basisorientierten LINKEN könnte das als eine überzeugend-verführerische Argumentation erscheinen. Die Sache verkehrt sich aber bei Kenntnis der so abgelehnten Richtlinie ins Gegenteil. Denn tatsächlich geht es darum, klammen Kommunen, die Finanzierung des Eigenanteils bei Inanspruchnahme von Förderprogrammen überhaupt erst zu ermöglichen. Zu gut deutsch: Den Kommunen, die nicht einmal Förderprogramme in Anspruch nehmen können, weil sie das Geld für den geforderten Eigenanteil nicht haben, soll so diese Möglichkeit eröffnet werden. Das ist praktische Solidarität mit denen, die sich teilweise nicht das Nötigste leisten können und wird mit dem Fachbegriff „Ausgleichfunktion des Landkreises“ bezeichnet. Unsere Fraktion wird dieser Richtlinie am 4. April zustimmen.

Um es einmal zu verdeutlichen: Am 8. März habe ich an der Übergabe einer neuen Fahrbibliothek teilgenommen. Das ist ein professionell zur Bibliothek umgebauter Bus, der in Orten des Landkreises, die sich eine eigene Bibliothek nicht leisten können, ein qualifiziertes Angebot macht. Es war schon eine Freude zu erleben, wie Kinder aus Neuzelle diese Fahrbibliothek in Besitz nahmen.

Und am Rande kam da noch zur Sprache: Der gleiche Anbieter produziert nach diesem Prinzip auch mobile Arztpraxen. Das ist eine Lösung, über die es sich angesichts der immer prekärer werden ärztlichen Versorgung auf dem „flachen Lande“ zumindest nachzudenken lohnt. Aber auch das würde dann Geld kosten.

Tatsächlich hatte der Landkreis noch nie so viel Geld, wie im Jahr 2019. Davon werden viele nützliche Dinge bezahlt. Aber gerade weil der Landkreis in dieser Situation ist, hat die Linksfraktion beschlossen, bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes die Mittel für eine beitragsfreie Schülerbeförderung über 12 Monate im Jahr und ohne Beschränkung auf den Schulweg einzufordern. Auch in den Ferien gibt es Angebote für die Kinder und es ist nicht einzusehen, warum das Schülerticket nicht für den Weg zu Sport, Erholung und Kultur genutzt werden darf.

Und schließlich: Wie im Jahre 2018 werden wir wieder den Antrag stellen, die Tafeln im Landkreis zu unterstützen.

8. März 2019: Landrat Rolf Lindemann eröffnet gemeinsam mit Schülern der Grundschule am Fasanenwald in Neuzelle die neue Fahrbibliothek des Landkreises Oder-Spree, Foto: Dr. Artur Pech

Über Ostseeinseln wie Öland und Usedom streifen die Gedichte. Sie führen in die schwedische Schärenstadt sowie nach Buchara, Samarkand oder in den Ural. Magische Ausflüge in die Natur und Tierwelt tauchen auf. Gedichte zu Musik, Literatur und Malerei reichern diesen Lyrikband an. Unter die Lupe genommen wird der Drang der Regierenden, uns mehr und mehr auszuspionieren. Kritik zieht das gescheiterte Afghanistan-Abenteuer auf sich, das syrische Totenfeld wird umrissen. In Bangladesch zeichnen sich weitere Landnahmen des Meeres ab, Wasserstände, die mit unserem verschwenderischen Lebensstil im Norden verbunden sind. Sondiert wird, warum unsere Zivilisation ökologisch zu scheitern droht, sich längst im Spätstadium befindet. In der Arktis zeigt sich, wie weit das Vorspiel zum Klimaumsturz schon gediehen ist. Spitzbergen archiviert unsere letzten genetischen Hoffnungen. Den Spuren und Abgründen einer mysteriösen Krankheit wird nachgegangen. Der Band enthält zwei Erzählungen – eine arktische Begegnung zwischen weißen Raubtieren und einen Blick in das sowjetische Speziallager Sachsenhausen.

Jahre im September. Gedichte und Erzählungen, Marko Ferst Edition Zeitsprung 2018, Leseprobe: www.umweltdebatte.de, 212 Seiten, 11,90 €, ISBN: 978-3-7448-5502-0

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

von
Melanie Dahlke, Roland Dahlke, Rudolf Gangelmayer, Roman Gronostay – Kandidaten auf der Liste der LINKEN zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019

Gosen-Neu Zittau

DIE LINKE: Chancen und Entwicklungen – Wir gestalten die Zukunft

Die Gemeinde Gosen-Neu Zittau liegt direkt an der Berliner Stadtgrenze und ist gleichzeitig fast vollständig umschlossen von Gewässern, Wald und Wiesen. Die sich daraus ergebenden Chancen für ökologisch sanften Tourismus werden noch unzureichend genutzt. Es führen zwar direkt der Spree-Radweg und die alte Spree mit Kanutouristen durch den Ortsteil Neu Zittau, aber aktiv wird von der Gemeinde bisher zu wenig getan, um aus der Durchfahrt einen interessanten, bekannten Anlauf- oder Zielpunkt zu machen. Zu bieten hat der Ort eigentlich eine ganze Menge, da gibt es viel zu tun.

Die Gemeinde ist ein Bildungsstandort mit Kindergärten in den Ortsteilen Gosen und Neu Zittau sowie eine Grundschule und eine Privatschule (bestehend aus Oberschule, Gymnasium und Fachoberschule). Wir haben zwei Standorte der freiwillige Feuerwehr. An diesen sind in den nächsten Jahren Neubauten und Erweiterungen geplant, die bei guter Planung zu einer Stärkung der Gemeinde und der Sozialstruktur im Ort führen können. Es gilt die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen mit den Vereinen und Institutionen zu koordinieren und zu intensivieren.

In den nächsten Jahren soll alles unternommen werden, um die Breitband-Versorgung mit mindestens 50 Mbit und lückenlosem Mobilfunk sicher zu stellen.

Radikalismus, Gewalt und Ausgrenzung dürfen in unserem Ort nicht entstehen! Basis dafür ist, sich kritisch äußernden Bürgern aufmerksam zuzuhören, sie ernst

Wir kandidieren in Gosen-Neu Zittau zur Kommunalwahl auf der Liste DIE LINKE:

Melanie Dahlke

Für Naturschutz begeistern und Demokratie wagen

47 Jahre alt, verh., 2 erw. Kinder, Bankkauffrau

Geboren in Rüdersdorf und aufgewachsen in Gosen-Neu Zittau erlebte ich die Entwicklung unseres schönen Ortes über viele Jahre hinweg. Ich bin besonders stolz, inmitten der schönen Natur an diesem Flecken Erde zu leben. „Nur was man kennt, kann man auch schützen“, ist mein erklärtes Motto und so ist es mein Ziel, Kinder unseres Ortes bereits im Vorschulalter für den Naturschutz zu begeistern.

Unsere Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger, von der Bereitschaft, Kompromisse zu finden, vom Mut, Dinge kritisch zu hinterfragen. Wir müssen unterschiedliche Meinungen zulassen; nur das kann uns voranbringen! Für diese Demokratie möchte ich gern streiten; notfalls auch laut, aber immer mit dem Willen zur Verständigung!

Roland Dahlke

Verantwortliche Politik gestalten

50 Jahre alt, verh., 2 erw. Kinder, Beamter Staatsanwaltschaft Berlin, seit 2014 Gemeindevertreter

Ich bin seit Geburt Neu Zittauer. Die Entwicklung von Ort/Gemeinde erlebte ich mit allen Facetten und Problemen hautnah mit – Kindergarten, Schule, fehlendem Jugendclub, Sportvereinen. Ich war Vorsitzender im Kinder- und Jugendförderverein (10 Jahre), Hausbauer, verantwortlicher Organisator der 250-Jahresfeier von Neu Zittau. Alles hat mich an Erfahrungen reicher gemacht – die Abgeordnetentätigkeit aber auch nachdenklicher.

Mein Ansporn ist, in unserer Gemeinde Diskussionskultur wieder entstehen zu lassen. Um sachgerechte Beschlüsse zu fassen, müssen die Meinungsvielfalt zum Positiven genutzt und die besten Ideen gefördert werden. Freie Meinungsäußerung muss in der Gemeindevertretersitzung möglich sein, ohne diffamiert zu werden.

Bei Fragen: (01 72) 1 73 35 78

Rudolf Gangelmayer

Vergessene Pläne/Beschlüsse hervorholen und umsetzten

88 Jahre alt, Rentner, 1993–2003 Gemeindevertreter und 1998–2001 Bürgermeister Neu Zittau

Ich habe mich trotz meines Alters entschlossen, noch einmal zur Wahl für die Gemeindevertretung und des Ortsbeirates Neu Zittau anzutreten. Ich möchte meine in langjähriger persönlicher und aktiver kommunaler Arbeit erworbenen Erfahrungen an die jüngeren und neuen Gemeindevertreter weiter geben.

Ich möchte aber auch, neben den inzwischen verwirklichten umfangreichen Projekten zur Entwicklung unseres Gemeinwesens, an Vergessenes und Liegengebliebenes, gefasste Pläne und Beschlüsse erinnern, sie aus der Versenkung holen und ihre Realisierbarkeit erneut prüfen lassen. Meine Herzensangelegenheit ist es seit vielen Jahren, unsere Gemeinde vom Verkehrskollaps zu befreien und dazu alle Menschen, Institutionen, Behörden und Entscheider ins Boot zu holen.

Roman Gronostay

Jugend, Bildung und Infrastruktur

50 Jahre alt, verh., 3 Kinder, Dipl.-Ing. für Nachrichtentechnik, seit 2003 Gosen-Neu Zittauer

Seit fast 20 Jahren leite ich eine Firma für Maschinenbau und Metallbearbeitung mit derzeit 30 Mitarbeitern. Meine Frau betreibt im Ort eine Tagespflegeeinrichtung für Kinder von 0–3 Jahren.

Ich war mehrere Jahre aktives Mitglied im Kita-Förderverein Rappelkiste e.V. und konnte miterleben, wie viel Positives durch gemeinsame Initiativen und Anstrengungen im Ort für die Menschen erreicht werden kann.

Ich will in der Gemeinde in den nächsten Jahren hauptsächlich für die Kinder- und Jugendarbeit und die Stärkung als vielseitiger Bildungsstandort eintreten. Immer wichtiger werden der Ausbau der Infrastruktur und die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse der Gemeinde.

Telefon: (0 33 62) 88 79 41
E-Mail: gronostay@adfb.de

zu nehmen, ihre Ängste und Sorgen aufzugreifen. Das können wir schaffen, wenn wir eine Umgangskultur praktizieren, bei der wir unserem Gegenüber auf Augenhöhe begegnen und Menschen, die mitarbeiten wollen, respektiert und nicht eingeschüchtert werden. Kommunale Entscheidungen müssen immer transparent und nachvollziehbar getroffen werden. Wir werden weiter die vielen aktiven Vereine, die das Leben und den Zusammenhalt der Bürger bereichern, unterstützen.

An der Gestaltung von Plänen zur Kreis- und Landesentwicklung, Flächennutzung und Ortsentwicklung, Verkehrs- und Straßenentwicklung, BER-Flughafenproblematik wollen wir aktiv mitarbeiten. Perspektivisches Denken, Planen und Handeln für die Gestaltung unseres Gemeinwesens und über dessen Grenzen hinaus soll zur Erhöhung der Lebensqualität für unsere Bürger beitragen. Wichtig ist uns die Erhaltung und Entwicklung der örtlichen Wirtschaft unter dem wachsenden Einfluss Berlins.

Von Picture taken by Marcus Cyron – Picture taken by Marcus Cyron, CC-BY 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=32364895

Spree und ihre Uferregion bei Neu Zittau Anfang April 2014

Erkner

Besser leben in Erkner mit linker Politik

Auszug aus dem Wahlprogramm der LINKEN für die Kommunalwahl am 26. Mai

Wir leben in einer Zeit des globalen Wandels, der zunehmenden Polarisierung, zwischen Arm und Reich. Immer breitere Schichten der Bevölkerung geraten in soziale Verunsicherung. Themen wie Arbeitsmarkt im Umbruch, ökonomische Unsicherheiten, neue Technologien, Klimaveränderungen, Flucht und Migration bestimmen den Alltag. Diese Entwicklung spiegelt sich auf regionaler Ebene wider. Wir wollen gemeinsam eine Richtung beschreiten, in die sich unsere Stadt erfolgreich für alle entwickeln kann.

Um Verbesserungen vor Ort sozial und nachhaltig zu gestalten, wird eine starke LINKE gebraucht. Allen lokalen Akteuren, beginnend bei der Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V. (GefAS), über Unternehmen und Institutionen bis zu den Vereinen, bieten wir unsere Zusammenarbeit an.

Unsere Stadt ist geprägt von ihrer Lage im „Berliner Speckgürtel“. Der Durchgangs- und Zielverkehr durch Pendlerströme zur S- und Regionalbahn und direkt nach Berlin sowie zu Verkaufsmärkten in Erkner ist nicht mehr akzeptabel. Wir ersticken im Stau, hinzu kommen die starke Lärmbelastung des Flug- und Eisenbahnverkehrs.

In der Stadt stößt der Neubau an seine Grenzen. Denn Erkner liegt in einer wunderschönen seen- und waldreichen Landschaft mit einem wichtigen Trinkwasserschutzgebiet. Das muss erhalten werden.

Viele Menschen in Erkner haben Ideen und Lust darauf, sie umzusetzen, um diese Stadt und das Leben hier zu verbessern. Wir wollen den Wandel vorantreiben. Wir setzen uns ein für bessere Mobilität und eine hohe Lebensqualität für Alle, sinnstiftende und befriedigende Arbeit und faire Mieten, moderne Bildung, sichere regionale Energiekonzepte und wissenschaftlich fundierten Umweltschutz.

Wir wollen ein solidarisches Miteinander Aller.

- Konkrete Vorstellungen haben wir, wie Kindern und Jugendlichen, auch jungen Erwachsenen gute Bedingungen in Kita, Schule und im Freizeitbereich ermöglicht werden können.
- Ein Augenmerk gilt der wachsenden Anzahl an Senioren und Seniorinnen. Für sie ist ein würdevolles, lebensbejahendes und bezahlbares Umfeld zu schaffen. Gerade ihre Mobilität ist unser Anliegen.
- Das Wohnen muss in Erkner bezahlbar bleiben.
- Das Grün unserer Wälder darf nicht dem Profitstreben Einzelner untergeordnet werden: Die Umweltbedingungen sind zu verbessern, Bahn- und Straßenlärm sind zu mindern, die Luft ist rein zu halten.
- Damit einher geht das Bestreben, den PKW-Verkehr zu vermindern, die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Radverkehrs zu fördern.
- Die Infrastruktur der Stadt ist im Dienste der Einwohner der Stadt zu verbessern.
- Das Ehrenamt und die Vereinsarbeit sind zu unterstützen und tatkräftig zu fördern.
- Wir müssen endlich ein „gläsernes“ Rathaus schaffen. Es kommt viel Arbeit auf uns alle zu. Wir brauchen Ihre Stimme. Auch die zukünftige DIE LINKE-Fraktion wird bürgernah, transparent und tolerant arbeiten. Fragen Sie nach unseren detaillierten Zielen, reden Sie mit uns über Lösungsmöglichkeiten!

Kommunalwahl ist Personenwahl

Spannend wird es auf alle Fälle

Am 26. Mai 2019 stellen sich 14 Kandidatinnen und Kandidaten auf der offenen Liste der LINKEN in Erkner zur Wahl für das Kommunalparlament. In den nächsten fünf Jahren wollen acht Frauen und sechs Männer in die Stadtverordnetenversammlung Erkner einziehen. Wir haben traditionell kein Problem mit der Quotierung unserer Kandidaten. Sechs unserer potentiellen Stadtverordneten sind Parteimitglieder, acht parteilos. Auch die Mischung von Alt und Jung ist im Gegensatz zum Altersdurchschnitt

in der Basisgruppe erfreulich. Drei unserer gegenwärtigen Stadtverordneten treten aus unterschiedlichen Gründen nicht wieder zur Wahl an.

An dieser Stelle bedankt sich die Fraktion DIE LINKE bei Dr. Lothar Kober. Er vereinte in der Kommunalwahl im Mai 1990 mit 1 044 die meisten Stimmen auf sich. Er ist der einzige Stadtverordnete, der seit fast 30 Jahren ununterbrochen Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Erkner war. Er hat sich in sechs Legislaturperioden bleibende Verdienste für alle Erkneranerinnen und Erkneraner erworben. Es gab kaum eine Sitzung, die er versäumte. Über die gesamte Zeit seiner Stadtverordnetentätigkeit vertrat Dr. Kober die Fraktion DIE LINKE in verschiedenen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. In alle Gebiete flossen seine hohen Fachkenntnisse ein. Besonders hervorzuheben sind seine Bemühungen um Lärm-, Umwelt- und Trinkwasserschutz in Erkner.

Auch Mario Hausmann und Wolfgang Specht treten in der nächsten Legislaturperiode nicht wieder zur Wahl an. Auch bei ihnen bedanken wir uns ganz herzlich. Gemeinsam haben wir für Erkner gewirkt. Eingeschlossen in den Dank sollen auch unsere Sachkundigen Einwohner sein, die unsere Fraktionsabreit immer bereicherten, auch wenn sie nicht auf der Wahlliste standen und stehen.

Sie möchten sicherlich auch in der 7. Legislaturperiode weiter für Erkner aktiv werden. Es wird für uns eine spannende Aufgabe sein, die acht mutigen Neulinge schnell in das „Geschäft“ Kommunalpolitik einzuarbeiten. Nicht alle sind völlig unbeleckt von dem Metier, denn Silke Voges hat im Jahr 2018 für uns als Bürgermeisterkandidatin gewirkt und nur knapp gegen den neuen Bürgermeister verloren. Franziska Schneider ist Mitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Volkmar Schöneburg und kandidiert selbst als Direktkandidat für den Landtag. Uwe Meier ist beruflich Pressesprecher des LINKEN Bürgermeisters in Frankfurt (Oder).

Sie können mit allen unseren Kandidatinnen und Kandidaten auf der Straße und in Veranstaltungen ins Gespräch kommen und sie auf Herz und Nieren prüfen.

Liste DIE LINKE zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Erkner am 26. Mai 2019

1. Silke Voges (53), parteilos, Mitarbeiterin Bezirksamt Treptow-Köpenick
2. Franziska Schneider (33), DIE LINKE, Mitarbeiterin bei MdL Brandenburg Volkmar Schöneburg
3. Dr. Elvira Strauß (67), DIE LINKE, Rentnerin
4. Michael Edwin Voges (67), DIE LINKE, Pensionär
5. Kathleen Krüger (33), parteilos, Angestellte Verwaltung/Assistenz der Geschäftsführung
6. Rita-Sybille Heinrich (61), DIE LINKE, Rentnerin
7. Anke Jakisch (52), parteilos, Sozialarbeiterin
8. Andrea Pohl (59), DIE LINKE, Mitarbeiterin einer Krankenkasse
9. Ursula Paape (67), DIE LINKE, Rentnerin
10. Jürgen Reichelt (62), parteilos, selbständig
11. Georg Hochhuth (28), parteilos, Ingenieur
12. Sebastian Heinrich (38), parteilos, Dipl.-Ing. (FH)
13. Uwe Meier (48), parteilos, Verlagskaufmann, Journalist
14. Peter Pfoh (69), parteilos, pensionierter Hauptschullehrer

Thomas Nord eröffnet in Erkner Wahlkreisbüro

Herausforderungen für die Zukunft

von
Ursula Paape,
Ortsvorsitzende
DIE LINKE Erkner,
Gosen-Neu Zittau
und
Glen Dammann,
Mitarbeiter des MdB
Thomas Nord

Am 2. März 2019 eröffnete der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord (DIE LINKE) in Anwesenheit von zahlreichen Genossinnen und Genossen der LINKEN aus Erkner und Woltersdorf sein neues Wahlkreisbüro in der Hessenwinkler Straße 1 in Erkner.

DIE LINKE Erkner vor Ort! (v.l. Ursula Paape, Franziska Schneider, Julia Wiedemann, Thomas Nord)
Foto: Glen Dammann

Ursula Paape, Vorsitzende des Ortsverbandes DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau, verwies zu Beginn der Veranstaltung auf die starken Wahlergebnisse, die DIE LINKE in den letzten Jahren in Erkner erreicht hat und zeigte sich zuversichtlich, dass die Schaffung dieses neuen Wahlkreisbüros die Aktivitäten der Basisorganisationen in Erkner und Umgebung im Wahljahr 2019 bereichern wird.

Thomas Nord verfügt bereits über Wahlkreisbüros in Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde. In seiner Rede begründete er seine Entscheidung zur Errichtung des neuen Büros damit, im östlichen Berliner Speckgürtel mehr Präsenz zeigen zu wollen. Während der östliche Teil des Wahlkreises in und um Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt seit knapp 30 Jahren Schrumpfungs- und Abwanderungsprozesse beklagt, liegt die Besonderheit von Erkner und seiner Umgebung darin, dass es hier Wachstumsprobleme gibt. So z.B. die angespannte Verkehrssituation mit überfüllten Zügen oder auch die prekäre Wohnsituation mit Wohnungsknappheit, Mieterhöhungen und zu wenig bezahlbarem Wohnraum. Nach Jahrzehnten, in denen man im Land Brandenburg vor allem damit beschäftigt war, mit den Schrumpfungsproblemen zurechtzukommen, liegt die Herausforderung in den berlinnahen Bereichen in der Antizipation der Wachstumsprobleme. „Wir brauchen hier Neubau von Wohnraum, mehr Kita- und Schulplätze, auch der Verwaltungsaufwand wird durch den anhaltenden Zuzug steigen“, stellte Thomas Nord fest.

Neben Julia Wiedemann (Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE Oder-Spree) und Franziska Schneider (DIE LINKE-Direktkandidatin im Landtags-Wahlkreis 31) ließ es sich auch der Vorstand der GefAS, Siegfried Unger, nicht nehmen, Thomas Nord zur Eröffnung seines neuen Büros zu beglückwünschen.

Auf die Eröffnung wurde von allen Anwesenden mit einem Glas Sekt angestoßen und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass mit dem Büro die politische Arbeit in Erkner bereichert wird.

DIE LINKE.
Ortsverband Schöneiche

Schöneiche bei Berlin

Rote 13 zur Wahl der Gemeindevertretung

Schöneicher LINKE nominierte Kandidat*innen zur Kommunalwahl

von
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin

Auf den Tag genau drei Monate vor den Kommunalwahlen im Land Brandenburg hat die Schöneicher LINKE in einer Mitgliederversammlung ihre Kandidat*innen für die Gemeindevertretung aufgestellt. Die Liste umfasst 13 Frauen und Männer, sechs von ihnen sind parteilos.

Junger und erfahrener Spitzenkandidat

Auf Listenplatz 1 kandidiert erneut der LINKE-Ortsvorsitzende Fritz Viertel. Der 27-jährige Historiker, Sozialwissenschaftler und Straßenbahnfahrer war bereits Spitzenkandidat bei der Wahl 2014 und anschließend vier Jahre lang Gemeindevertreter. Er leitete unter anderem die Ausschüsse für Bildung und Soziales sowie für Wohnungswirtschaft.

Sein kommunalpolitisches Engagement in Schöneiche begann als Sprecher des Jugendbeirates (2008 bis 2010). Inzwischen ist er Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kommunalpolitik der Partei DIE LINKE und beschäftigt sich insbesondere mit Verkehrs- und Wohnungspolitik.

Fraktion zur Wiederwahl

Darüber hinaus stellen sich alle fünf Mitglieder der derzeitigen Linksfraktion in der Gemeindevertretung zur Wiederwahl. Die 39-jährige parteilose Juristin und Fraktionsvorsitzende Eva Pankow kandidiert auf Listenplatz 2. Ihre 54-jährige ebenfalls parteilose Stellvertreterin, die Kosmetikerin Katrin Fiegler, findet sich auf Platz 5.

Erneut kandidieren auch Beate Simmerl (59) und Dr. Artur Pech (71) auf den Listenplätzen 3 bzw. 8 Simmerl ist Diplom Ökonomin und Geschäftsführerin der Kulturgießerei Schöneiche. Der promovierte Gesellschaftswissenschaftler Pech ist zudem Spitzenkandidat der LINKEN zur Kreistagswahl im Wahlkreis I (Schöneiche, Woltersdorf, Erkner, Grünheide, Gosen/Neu Zittau).

Klaus Meyer (parteilos) steht auf Platz 13. Der 71-Jährige ist pensionierter Physiker und bekannt durch seine Arbeit in der AG Bürgerhaushalt.

Neue und bekannte Gesichter

Weiter auf der Liste finden sich sowohl neue, als auch bekannte Gesichter. Die Naturschutzbeauftragte der Gemeinde, Gudrun Lübeck (64), tritt erstmals wieder zur Wahl der Gemeindevertretung an (Platz 7), nachdem sie 1990 für das Neue Forum kandidiert hatte. Der 40-jährige Theaterregisseur André Rößler (parteilos) möchte sich nach seinem Engagement für die Unterstützung von Geflüchteten 2015/16 erstmals intensiver in der Kommunalpolitik engagieren und kandidiert auf Listenplatz 4.

Wahlprogramm „Schöneiche für alle“

Ende März werden die Schöneicher LINKEN zu einer weiteren Mitgliederversammlung zusammen kommen, um das Wahlprogramm für die Gemeindevertretung zu beschließen. Dessen Entwurf fußt auf einem zehnmonatigen Diskussionsprozess mit fünf Zukunftswerkstätten, an dem sich mehr als 60 Menschen mit ihren Ideen und Vorschlägen beteiligt haben. Unter der Überschrift „Schöneiche für alle“ werden konkrete Angebote für eine soziale und ökologische Ortspolitik formuliert. Schwerpunkte bilden die soziale Daseinsfürsorge, bezahlbares Wohnen und Mobilität.

Liste der Partei DIE LINKE Schöneiche bei Berlin zur Wahl der Gemeindevertretung

1. Fritz R. Viertel
2. Eva Pankow (parteilos)
3. Beate Simmerl
4. André Rößler (parteilos)
5. Katrin Fiegler (parteilos)
6. Frank Fiegler (parteilos)
7. Gudrun Lübeck
8. Dr. Artur Pech
9. Christine Engel
10. Tom Thal (parteilos)
11. Helga Lobsch
12. Jonatan Zint
13. Klaus Meyer (parteilos)

*Die Kandidat*innen (v.l.): Gudrun Lübeck, Artur Pech, Beate Simmerl, Tom Thal, Katrin Fiegler, Frank Fiegler, Eva Pankow, Fritz Viertel, Klaus Meyer, Jonatan Zint, Helga Lobsch (nicht im Bild: Christine Engel, André Rößler)*
Foto: DIE LINKE, Schöneiche

NACHRICHT

Gesundheit kennt keinen Preis

Gesundheit ist mehr als medizinische Versorgung: Die richtige Ernährung kann und sollte auch richtig gut schmecken. Foto © Privat

Zum 15. Mal fand der Gesundheitstag am 17. März in der Stadthalle Erkner statt. Wie stets organisiert von den Mitgliedern des Vereins 425 Kultur Erkner präsentierten sich in der Halle verschiedene Aussteller, nicht nur aus dem Gesundheitswesen, auch für gesunde Ernährung und kommerzielle Angebote. Eine große Zahl an Vorträgen informierte das interessierte Publikum des Tages zudem darüber, was jeder selbst tun kann, um gesünder zu leben.

„Kein Wort sagt die Veranstaltung über die eigentlichen Probleme. So fehlen deutschlandweit bereits jetzt mehr als 100 000 Krankenpfleger und über 40 000 Fachkräfte in der Altenpflege, wozu deren miserable Bezahlung nebst Arbeitsüberlastung entscheidend beiträgt. Der Mangel schlägt direkt auf die Qualität der Pflege, die Zuwendung, die Zeit für Patienten nieder. Weniger Privatisierung und mehr gemeinsame Verantwortung sind hier die Lösung“, erklärt Franziska Schneider, LINKE Kandidatin zur Kommunalwahl in Erkner sowie Direktkandidatin zur Landtagswahl am 1. September 2019.

EU-Wahl 2019: Alles tun für den Frieden, jetzt!

Vor 20 Jahren, am 24. März 1999, begann der völkerrechtswidrige Krieg der NATO – mit deutscher Beteiligung – gegen Jugoslawien mit Lügen (Auszüge aus Dietrich Kittners „Kriegstagebuch“)

Dokumentarfilm zu 10. Jahrestag des Balkankrieges: WDR-Dokumentation **„Es begann mit einer Lüge“**, im Internet verfügbar unter: www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRlXMNU

Dietrich Kittner, Aus meinem Kriegstagebuch– Beobachtungen zum Balkankrieg, 3. vervollständigte Auflage, edition logischer garten, Hannover, 2006 162 Seiten, Taschenbuch, 8,60 Euro, ISBN 3-924526-23-0

Restexemplare erhältlich bei: Christel u. Dietrich Kittner-Stiftung, Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg (Österreich) Telefon: (00 43) 34 76 2 05 25 E-Mail: hollerhof@hollerhof.at Internet: https://hollerhof.at

Es ist Krieg. Der Nachrichtensprecher hat mittags den bevorstehenden Angriff auf Jugoslawien angekündigt. Völkerrechtliche Grundlage: keine. Die NATO, als Militärbündnis soeben osterweitert, will Stärke zeigen. Das Völkerrecht ist nur für die anderen verbindlich. Als sich 1941 Jugoslawien, anders als Ungarn, der Osterweiterung des Militärbündnisses der Achsenmächte Deutschland, Italien, Japan verweigert hatte, fielen Bomben auf Belgrad. Nun also wieder.

Wir haben es die letzten Jahre kommen sehen, gewarnt, demonstriert, geschrieben – und es letztlich doch nicht für möglich gehalten: Jetzt führen die Deutschen wieder einen richtigen Angriffskrieg! Ohne ein läppisches UNO-Mandat, versteht sich. Wer 1952 in der Auseinandersetzung um die deutsche Wiederbewaffnung voraussagte: „Deutsche Soldaten bedeuten neuen Krieg“, wurde als „Kryptokommunist“, bestenfalls als „Friedensspinner“ abgetan, viele standen dafür vor Gericht, gingen in den Knast, der junge Arbeiter Philipp Müller wurde dafür erschossen. Ach, hätten wir doch nicht recht behalten.

★

Der Empörung Luft machen! Ich hole das Megaphon vom Boden, rufe noch schnell eine gute Freundin an – „Kommst du auch?“ –, verwerfe den Gedanken, der Polizeidirektion per Fax von unserer Spontandemonstration Kenntnis zu geben und gehe zum Kröpcke. Hier am Stadtmittelpunkt treffen sich traditionell Hannoveraner, wenn etwas nach Öffentlichkeit schreit. Gerade mal 16 sind wir heute (Donnerstag werden es schon 100, Samstag 400, Ostern über 1 000 sein). „Es ist wieder Krieg.“ Die Passanten reagieren nicht feindselig, eher bedrückt. Als ich an Vietnam erinnere und Parallelen zum Balkan ziehe, kommt ein für geübte Hannoveraner an Trenchcoat und Samsonite-Köfferchen eindeutig als „Messegast“ (es ist letzter CeBIT-Tag) kenntlicher Herr über den Platz und umarmt mich wortlos. Ein Schwarzer.

★

Ein anderer junger Mann spricht mich freundlich an, zückt seinen Polizeiausweis. „Ich komme gerade vom Zahnarzt und sehe Sie hier. Ja, schrecklich, schrecklich, das alles. In zehn Minuten komme ich in Uniform wieder. Nur daß Sie schon mal Bescheid wissen. Wer ist hier eigentlich der Verantwortliche?“ Ich kläre ihn auf, daß wir alle unverantwortlich spontan gekommen sind. – „Na, Herr Kittner, da schreibe ich Sie mal als Ansprechpartner auf. Sind Sie noch in Hannover polizeilich gemeldet?“ – „Das wissen Sie doch. Ich bin hier polizeibekannt. Sie haben ja alle meine Daten.“ Das kann ich nach

langjährigen Auseinandersetzungen mit der Behörde immerhin behaupten. Der Beamte stimmt mir grundsätzlich zu. „Aber Ihre Daten sind im Computer alle gelöscht.“ (Ich habe schließlich mal einen Prozeß wegen verfassungswidriger Datenspeicherung rechtskräftig gewonnen.) „Na“, flachse ich noch mal, „das letzte Mal bin ich an dieser Stelle 1965 als Einzeldemonstrant mit Stahlhelm und Gasmaske verhaftet worden.“ … – „Ach“, erwidert der Brave, „so weit bin ich nicht zurückgegangen, als ich mir vorhin nochmal alles über Sie angesehen habe.“ Im Computer des Zahnarztes vermutlich …

★

Abends spricht der Herr Bundeskanzler im Fernsehen: „In dieser schweren Stunde müssen unsere Gedanken bei unseren Soldaten und ihren Familien sein …“ Ich bin Jahrgang 1935. Solche Sätze habe ich zuletzt in meiner Kindheit gehört.

★

„Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo mit militärischen Mitteln durchzusetzen“, sagt Schröder auch noch. Soviel Intelligenz muß er eigentlich besitzen, daß er merkt, was er da redet.

…

Deutschland ist seit dem 24. März 1999 anders geworden. Noch kälter. Noch härter. Die Regierenden haben gezeigt, daß sie es ernst meinen, wozu sie fähig sind und wohin das führt, wenn es nicht gelingt, beim leisesten Verdacht bereits den Anfängen zu wehren. Die scheibchenweise vorangetriebene stetige Remilitarisierung der Bundesrepublik hat letztlich zum Krieg geführt, und das hatten ihre Protagonisten von Anfang an vor.

Sie haben uns gelehrt, daß folglich auch auf anderen Gebieten unsere so oft als übertrieben bezeichneten Befürchtungen berechtigt sind: Sozialabbau bis zur offiziellen Sklaverei, Frühkapitalismus, Überwachungsstaat bis zu einer umfassenden Faschisierung der Gesellschaft. Niemand mehr glaube ihren Bekundungen, es werde alles ja nicht so heiß gegessen wie gekocht, man wolle nur bis hierher gehen und keinesfalls später einen Schritt weiter! Und letztlich gäbe es ja noch demokratische Kontrollen. Alles gelogen! Aus Prinzip.

Auch wenn manches schon zu spät scheint: Man wehre sich.

Auch mein Leben hat der 24. März verändert, mein Denken und Fühlen. Ich bin seitdem kompromißloser geworden. Mit denen, die ohne Not kaltblütig den Befehl geben, Menschen umzubringen, gibt es keine Kompromisse.

★

Frieden? Ich fürchte, Siegen macht süchtig. Die nächsten stinknormalen Kriege – immer dann, wenn die alte weltstrategische Situation und neue marktwirtschaftliche Erfordernisse sie erzwingen – sind schon programmiert, Washington hält einen Atomkrieg – natürlich weit weg von den USA – immer noch für führ-und gewinnbar. Die Zeiten, da die Sowjetunion noch existierte und der Frieden sicherer war, sind vorbei. Es gibt noch viel zu bomben zwischen der Ukraine und Kuba. Und wir wollen doch auf der Gewinnerseite sein, gelle? Erst nach dem nächsten mißglückten deutschen Militärschlag werden die heute strahlenden Sieger erneut beschwören: Das haben wir nicht gewußt. Das haben wir nicht gewollt. Und: Nie wieder Krieg! – Wenn das dann noch jemand hört.

Das Wahlvolk ist dumm, infantil und renitent

Eine Rezension zum Buch „Warum schweigen die Lämmer“ von Rainer Mausfeld.

von
N. Mencken,
Erkner,
Sympathisant von
DIE LINKE

„Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören“ ist der Untertitel und gleichzeitig These des neuen Buches von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Psychologie-Professor aus Kiel legt eine radikale Analyse des demokratischen Ist-Zustandes vor. Die repräsentative Demokratie ist das Gegenstück von Demokratie, Mausfeld nennt es gar Konterrevolution und begründet dies in seinem Buch ausführlich.

Repräsentative Demokratie ist Elitendemokratie. Ein Pool von Politikern, die durchaus ängstlich darüber wachen, dass von Außen, vom Wahlvolk, keine Veränderungen des elitären Politsystems stattfindet.

Stellen wir uns einen großen Baum vor mit einem weit ausladenden Geäst und einer riesigen Krone. Der Baum steht als Sinnbild für die politischen Strukturen im Lande. Auf den Ästen und Zweigen sitzen Spatzen, die unsere politische Elite darstellen. Nun steht ein Jäger mit geladener Schrotflinte vor eben jenem Baum. Der Jäger repräsentiert die Wahl für die demokratischen Strukturen. Die Wahl findet statt, dargestellt durch einen Schrotschuss des Jägers. Die Spatzen flattern wild auf, getroffen wird keiner. Die Äste und Zweige des Baumes sind leer.

Aufgeregte Spatzen, wildes Piepsen. Nach kurzer Zeit beruhigen sich die Vögel und setzen sich auf die Zweige und Äste unseres Baumes. Möglicherweise haben sich die Positionen, ihre Reihenfolge für die Spatzen verändert. Sonst nichts. Die Wahl ist abgeschlossen, die elitären Spatzen machen weiter wie bisher und sorgen dafür, dass der Jäger (Wahlvolk) keinen weiteren Schuss auf den Elitenbaum abfeuern kann.

Wenn Demokratie vergesellschaftete Herrschaft ist, sorgt repräsentative Demokratie dafür, dass die Macht im Pool erhalten bleibt; sie schafft sich nicht ab und organisiert ihr Streben nach mehr Macht. Das ist die Quintessenz des Buches.

Das Buch ist verständlich geschrieben und gibt sehr gute Beispiele dafür, wie repräsentative Demokratie die Dummheit des Wahlvolkes geradezu hegt und pflegt. Dieses Buch ist ein Muss für jeden Demokraten!

Rainer Mausfeld,
Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören.
Westend Verlag,
Oktober 2018,
gebunden, 304 Seiten mit zahlreichen Illustrationen,
ISBN:
978-3-86489-225-7,
Preis: 24 Euro

Eigentlich unglaublich,
daß ihnen das immer wieder gelingt ...

Deinem Urgroßvater
Haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.
Für das Vaterland.
Und er hat das tatsächlich geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Granatsplitter in Beine
Und Kopp
Vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:
Gegen die slawischen Horden.
Für die abendländische Kultur.
Er hat das wirklich geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Bauchschuß und
Einen verrückten Kopp
Vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:
Gegen die Völkermörder.
Für die Menschenrechte.
Für den Frieden.
Unglaublich – er glaubt´s.
Was er wohl kriegt?
Und wo wird das sein –
Diesmal?

Franz Josef Degenhardt, 24. März 1999

Die **Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel Kittner** betreibt den Hollerhof im Sinne der Kittners weiter. Sie fördert kulturelle Initiativen und vermietet die Ferienwohnungen an der slowenischen Grenze in der Südoststeiermark.

Rundum Natur pur – viel Ruhe • Radlerparadies • zwei Thermalbäder 4 km entfernt • 3 komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 qm) für 2–5 Personen mit Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern

Anfragen, Buchungen und Nachrichten:

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung
Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg (Österreich)
Telefon: (00 43) 34 76 2 05 25
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
Internet: **https://hollerhof.at**

von
Ingrid Zander,
Basisorganisation Grünheide und Sängerin des Ernst-Busch-Chores

1. Mai 2019: Lieder zum Tag der Arbeit

Fürstenwalde, Rathausstraße (Marktplatz), Fest der LINKEN, 15 Uhr: Konzert des Ernst-Busch-Chores Berlin

Darauf habe ich mich schon sehr lange gefreut. Nun singen wir endlich auch in Fürstenwalde, und das zu einem so bedeutsamen Tag.

Die über 70 Sängerinnen und Sänger unseres Chores unter der künstlerischen Leitung von Daniel Selke werden bei diesem Konzert ein vielfältiges Programm aus unserem Liedschatz von über 25 Ländern gestalten. Dabei sind Lieder von Brecht/Eisler, wie die „Die Ballade vom Wasserrad“ und Becher/Eisler „Es sind die alten Weisen“, internationale Lieder, so das Lied über den Streikkampf der 50 000 amerikanischen Holzarbeiter gegen profitgierige, satte Unternehmer oder das kubanische Lied „El beso“. Auch russische Lieder, z.B. über die „Angara“ gehören immer dazu. Dass wir bei diesen Liedern eine Strophe in der Originalsprache singen und alles ohne Textblatt, ist selbstverständlich. Natürlich gehören Volkslieder und Lieder aus der DDR dazu. „Als ich fortging“ von Dirk Michaelis und Gisela Steineckert und „Wer möchte nicht im Leben bleiben“.

Das Durchschnittsalter des Chores von 72 Jahren beinhaltet Lebenserfahrung und ganz viel Freude am Singen. Wir sind eben die Jungen von den Alten, wie es in einem unserer Lieder heißt.

Unser Konzert kann also beginnen, aber dazu brauchen wir Euch und viele Gäste.

Seid herzlich eingeladen!

„Ein Gespenst geht um in Europa ...“

Brexit, DExit - oder was?

Diskussion mit **Helmut Scholz**
(Mitglied des EU-Parlaments, Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke • Kandidat auf der LISTE DIE LINKE zur Europawahl am 26. Mai 2019)

30. April 2019 • 19 Uhr
Fichtenauer Weg 44 • Erkner • GefAS (Saal)

Tag der offenen Tür des Landtages Brandenburg

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

6. April 2019 • 10–18 Uhr

www.landtag.brandenburg.de/de/tag_der_offenen_tuer_2019_(06.04.2019)/bb1.c.621579.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 14. 5. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im April/Mai 2019

- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 9. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 9. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages *www.landkreis-oder-spree.de* entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

3. 4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@dielinke-oder-spree.de*
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Abrüsten statt Aufrüsten – Die Welt braucht Frieden statt Kriegsbündnisse

Aufruf der Berliner Friedenskoordination zum Ostermarsch 2019 in Berlin!

Vor 70 Jahren, im April 1949, nur vier Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs, wurde die NATO gegründet. Dieser militärische Zusammenschluss unter der Vorherrschaft der USA war die treibende Kraft im Kalten Krieg. Die Sowjetunion machte mehrere vergebliche Vorschläge für die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa. Als im Mai 1955 die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde, antwortete die Sowjetunion mit der Gründung des Warschauer Vertrages. Er wurde 1991 aufgelöst. Die NATO blieb.

Vor 20 Jahren, im März 1999, begann die NATO ihren völkerrechtswidrigen Angriff gegen Jugoslawien. Der deutsche Außenminister erklärte, die Bombardierung Belgrads geschehe „wegen Auschwitz“. Es war eine Verhöhnung der Opfer des deutschen Faschismus und ein Türöffner für deutsche Kriegseinsätze. Der Krieg war ein Meilenstein für die NATO. Sie offenbarte sich nun als ein weltweit operierendes Angriffsbündnis.

Seit 2001 haben die USA und ihre NATO-Verbündeten mit ihrem „Krieg gegen den Terror“ den Terror in die Welt getragen, massenweise Tod und Zerstörung gebracht und enorme Flüchtlingsströme ausgelöst. Heute steht die Welt vor den Scherben dieser völkerrechtswidrigen Politik, Regierungen anderer Länder zu stürzen, von Afghanistan, Irak, Libyen bis Syrien. Wirtschaftssanktionen, ebenfalls eine Form der Kriegsführung, vergrößern die Not der betroffenen Bevölkerung und erschweren den Wiederaufbau, wie jenen gegen Syrien.

Die Bundesrepublik bedient sich der NATO und der EU-Militarisierung, um ihre Einflusszonen zu erweitern und sich ihren „Platz an der Sonne“ bei der Aufteilung der Welt zu sichern. Inzwischen beteiligt sich die Bundeswehr an 14 Auslandseinsätzen. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur. Deutsche Waffen tragen in hohem Maße bei zu Krieg, Leid und Elend weltweit.

Statt das Ende des Kalten Krieges zu besiegeln und sich aufzulösen, wurde die NATO beständig nach Osten ausgedehnt entgegen aller Zusicherungen an die russische Regierung. Der jahrelangen Politik der Einkreisung und versuchten Destabilisierung Russlands folgten 2014 über den Putsch in der Ukraine weitere Ausgrenzung, Sanktionierung und Konfrontation.

Heute steht die NATO, und mit ihr die Bundeswehr, an der Westgrenze Russlands mit regelmäßigen Manövern und schwerem Kriegsgerät. Zur „Verbesserung der Truppen und Ausrüstungsbewegungen“ Richtung Osten werden auch deutsche Transportmittel und Verkehrswege wieder „kriegsverwendungsfähig“ gemacht.

Unser Land ist für die USA und NATO von strategischer Bedeutung. Mit ihren zahlreichen US/NATO-Militärbasen und Kommandostützpunkten für Drohnen- und Kriegseinsätze weltweit, mit der Modernisierung der US-Atomwaffen und eventuellen Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ist Deutschland auch potentiell vorrangiger Kriegsschauplatz in Europa. Die einseitige Aufkündigung von Rüstungsverträgen durch die USA, insbesondere des INF-Vertrages, eskaliert die Spannungen.

Die NATO verfügt über 3,5 Millionen Soldaten, davon 2 Millionen in Europa, Russland und seine Verbündeten über nicht einmal 1 Million. 2018 wurden 60 Prozent aller Militärausgaben weltweit von den Mitgliedern der NATO ausgegeben, 4 Prozent von Russland und seinen Verbündeten. Russland senkt seine Rüstungsausgaben, während die NATO sie drastisch erhöht. 2014 hatte sie beschlossen, dass ihre europäischen Mitgliedsstaaten sowie Kanada ihre Rüstungsausgaben bis 2024 auf möglichst 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung erhöhen sollen. Für Deutschland bedeutet das eine Verdoppelung seiner heutigen Ausgaben, d.h. jeder fünfte Euro des Haushalts geht in die Rüstung!

Zur Rechtfertigung dieses Wahnsinns wird mit Hilfe von willigen Medien Russland zur Bedrohung und zum Feind aufgebaut. Alle Vorschläge der russischen Regierung, anstehende Probleme gemeinsam zu lösen, werden abgelehnt. Aber ohne Russland gibt es keine Lösung internationaler Probleme. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, sich für Deeskalation, den Erhalt des INF-Vertrags und umfassende Abrüstungsverhandlungen einzusetzen.

Unser Land trägt eine besondere historische Verantwortung für den Frieden mit Russland und in Europa.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- ✘ Abrüsten statt Aufrüsten, soziale Sicherheit statt Milliarden für Krieg
- ✘ Sofortiges Ende der Sanktionspolitik
- ✘ Einhaltung des Völkerrechts
- ✘ Abzug der US-Atomwaffen
- ✘ Kündigung des Stationierungsvertrags für ausländische Truppen
- ✘ Austritt aus dem NATO-Kriegsbündnis
- ✘ Schluss mit allen Formen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Rüstungsexporten
- ✘ Schluss mit der äußeren und inneren Aufrüstung der EU, sowohl zu Kriegszwecken als auch zur Unterdrückung demokratischer Bewegungen
- ✘ Statt Konfrontation Entspannung mit Russland

Dafür wollen wir Ostern auf die Straße gehen.

Demonstriert mit uns Stärke, Entschlossenheit und den Willen, die Welt von Aufrüstung und Krieg zu befreien.

■ Berlin
Samstag, 20. April, 13–15 Uhr
Ort: Rosa-Luxemburg-Platz – Demonstration – Rosa-Luxemburg-Platz, es sprechen u.a. Jutta Kausch (Schauspielerin), Dr. Hartmut König (Oktoberclub),
Veranstalter: Berliner Friedenskoordination, www.frikoberlin.de

■ Frankfurt (Oder)
Sonntag, 21. April, 14 Uhr,
Ort: Walter-Korsing-Straße (Friedensstele),
„Für den Frieden in der Welt, für Antifaschismus, gegen Rechtsruck in der Gesellschaft, gegen Rüstungsexporte, gegen Militärtransporte nach Litauen!“
Veranstalter: Friedensnetz Frankfurt(Oder)

■ Cottbus
4. Niederlausitzer Ostermarsch
Montag, 22. April, 14–16 Uhr,
Ort: Berliner Platz 6 (Stadthallenvorplatz),
Veranstalter: Friedenskoordination Cottbus, friko-cottbus.de

Zucker-Kasten

von
Franziska Schneider
Erkner, Mitglied des Vorstandes DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau, kandidiert für die Stadtverordnetenversammlung Erkner am 26. Mai 2019 auf der Liste DIE LINKE, Direktkandidatin zur Landtagswahl am 1. 9. 2019 im Wahlkreis 31; www.schneider-franziska.de

Eine Stadt darf nicht wie die Autobahn klingen

Wir brauchen den „Tag gegen Lärm“ das ganze Jahr.

Je näher ein Ort an Berlin liegt, desto mehr gleichen sich die Bilder: verstopfte Straßen, gestresste Menschen, belastete Natur, unsichere Schulwege und weitere Belastungen. Der Grund ist neben zunehmender Besiedlung der motorisierte Straßenverkehr. Lösungen gäbe es durchaus. Doch die sind politisch nicht gewollt, weil sich eine mächtige Lobby dagegen stemmt. Zudem schätzt der Mensch im Durchschnitt die mobile Freiheit für sich selbst höher ein, als den für alle angerichteten Schaden. Immer noch gibt es erstaunlich viele Zeitgenossen, die zu Hause strikt den Müll trennen und dann im fetten SUV (Geländelimousine) davonbrausen. Umweltschutz finden alle gut, solange er nicht gegen lieb gewordene Bequemlichkeit verstößt.

Doch das geht nicht mehr lange gut, die Folgen des weltweiten Schindluders mit der Natur werden immer dramatischer und eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern warnt bereits jetzt, sie würden unumkehrbar sein.

Am 24. April 2019 findet der 22. „Tag gegen Lärm“ in Deutschland statt. Eine gute Gelegenheit, auf ein wichtiges Problem aufmerksam zu machen, das bei der Debatte über Umweltbelastungen bislang viel zu kurz kommt. Denn: Lärm ist eine Emission. Mit weitreichenden Folgen für Mensch und Tier. In hiesigen Breiten entsteht Lärm hauptsächlich durch Straßenverkehr, Flugzeuge sowie die Bahn. Aber auch Krach durch laute Streitereien oder stolz aufgedrehte Musikanlagen in der Nachbarschaft sollte vielen nicht unbekannt sein. Für den Menschen bedeutet Lärm Stress pur. Er wirkt auf den gesamten Organismus. Körperliche Reaktionen wie Konzentrations- oder Schlafstörungen sind bereits bei geringen Lärmpegeln messbar. Zu den möglichen Langzeitfolgen chronischer Lärmbelastung gehören neben Gehörschäden auch Veränderungen von Risikofaktoren (z.B. Blutfette, Blutzucker, Gerinnungsfaktoren), Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und bestimmte Herzkrankheiten einschließlich -infarkt.

So ein „Tag gegen Lärm“ ist eine gute Sache, aber viel zu wenig. Jeder Tag sollte einer gegen Lärm sein, wie auch gegen alle anderen Verhaltensweisen, mit denen wir Menschen viel zu schnell an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen.

Natürlich ist eine Veränderung individueller Handlungsweisen unabdingbar. Raus aus dem Auto und rauf auf das Rad, das schont die Umwelt und hilft der eigenen Gesundheit gewaltig. Aber ganz ehrlich: Es ist weder sozial noch gerecht, die Verantwortung für Folgen kommerziell motivierter Handlungen zu sozialisieren und die Lösung der Probleme den Opfern zu übertragen. Denn wem nützt der Lärm? Der meiste Bus- und PKW-Verkehr entsteht durch Arbeitswege, dient also zum großen Teil den Arbeitgebern. Über Einkaufswege freuen sich ausschließlich die Betreiber von Supermärkten. Am Krach in der Luft verdienen Fluggesellschaften. Insofern entspringt der überwiegende Teil dieser Belastung der dem kapitalistischen System eigenen permanenten Förderung all dessen, was Wenigen Vorteile zu Lasten Vieler verschafft.

Der kleine Schwenk sei erlaubt: Warum wurde die Energiewende in Deutschland vor Jahren laut angekündigt, und scheint nun jämmerlich zu verenden? Weil daran dann doch weniger zu verdienen war, als zuerst gedacht. Der kalten Logik des Kapitals zu folgen, dient nur dessen Vermehrung. Wofür eigentlich? Können Menschen zur Not Geld essen, trinken oder atmen?

Lärm vermeiden zu wollen, ist gleichbedeutend damit, die zerstörerischen Angriffe auf die Lebensgrundlagen von Mensch, Tier, Pflanzenwelt, letztlich auf den Planeten Erde beenden zu wollen, die in den zurückliegenden zwei Jahrhunderten so brutal durchgeführt wurden, dass der Schaden aus heutiger Sicht kaum noch zu heilen ist.

Aber wie denn? Mit einem Umdenken auf allen Ebenen. Wenn eine wirksame Minderung der Umweltbelastungen das ehrliche Ziel ist, dann sind ernstzunehmende Maßnahmen sofort in Griffweite. Das Ende des Verbrennungsmotors wäre nur für den Moment problematisch, nach kurzer Zeit dank technologischem Fortschritt vollkommen selbstverständlich. Verkehr sollte Orte umgehen, statt sie zu verstopfen. Und warum nicht groß denken? Leise Fahrzeuge ohne Emissionen müssen nicht auf Straßen fahren, die Konflikte mit der Natur erzeugen. Das kann auch gut in zwei bis drei Metern Höhe passieren. Für den Anfang wäre das mit Fahrrädern auszuprobieren. Entsprechende Hochstraßen werden in China zum Beispiel mit gutem Erfolg genutzt.

Weitere Informationen zum Tag gegen Lärm allgemein und zu den Aktionen 2019 im Internet: **www.tag-gegen-laerm.de**

Ein Tag gegen Lärm ist gut, 365 Tage gegen Lärm im Jahr wären nötig, meint Frankziska Schneider. Foto: privat